

# MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXX. Jahrgang, Nr. 11

November 1957

## Inhalt

### Die wirtschaftliche Lage in Österreich

**Schwächetendenzen in der Weltwirtschaft berühren Österreich vorläufig nur am Rande — Gleichmäßig günstige Entwicklung der Industrieproduktion — Lange Bausaison — Schwaches Herbstgeschäft im Einzelhandel — Geringe Kreditnachfrage**

*Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Land- und Forstwirtschaft; Ruhiger Holzmarkt bei anhaltend hohen Schlägerungen; Probleme des Schwellenabsatzes — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Einzelhandelsumsätze und Verbrauch — Arbeitslage — Verkehr und Fremdenverkehr; Die Budgetaufwendungen für den Straßenbau — Außenhandel; Außenhandel zu konstanten Preisen und Außenhandelspreise im III Quartal 1957; Der neue österreichisch-sowjetische Handelsvertrag*

### Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

## Die wirtschaftliche Lage in Österreich

**Schwächetendenzen in der Weltwirtschaft berühren Österreich vorläufig nur am Rande — Gleichmäßig günstige Entwicklung der Industrieproduktion — Lange Bausaison — Schwaches Herbstgeschäft im Einzelhandel — Geringe Kreditnachfrage**

Die Konjunkturschwäche in den USA, das Nachlassen des wirtschaftlichen Wachstums in vielen anderen Industrieländern und die Baisse auf den internationalen Rohwarenmärkten haben bisher die österreichische Wirtschaft nur auf Teilgebieten beeinträchtigt. Die Produktion von Blei und Kupfer mußte stark eingeschränkt werden; man erwägt, sie mit Hilfe einer Umlage, die auf alle einheimischen und importierten Bergbauprodukte außer Erdöl eingehoben werden soll, so lange als nötig zu subventionieren. Der Holzexport ist um 70% niedriger als im Vorjahr und wird voraussichtlich nur knapp das für 1957 vorgesehene Kontingent erreichen. Die Ausfuhr von Eisen und Stahl hält zwar noch die Rekordhöhe vom Sommer, da alte Aufträge ausgeliefert werden und die Marktlage für die von Österreich produzierten Sorten noch verhältnismäßig günstig ist. Das anhaltende Sinken der Weltmarktpreise, das Abstoppen von Entwicklungsprogrammen in unterentwickelten Ländern und die wachsenden Kapazitätsüberschüsse in wichtigen stahlproduzierenden

Ländern legen jedoch eine vorsichtige Beurteilung der künftigen Entwicklung nahe. Vor allem für die stark exportabhängigen Teile der österreichischen Eisen- und Stahlindustrie, die sich vielfach erst in jüngster Zeit neue Märkte erschließen konnten, würde eine schwierige Lage entstehen, wenn die Flaute auf den internationalen Märkten länger anhielte.

Im ganzen jedoch entwickelte sich die österreichische Wirtschaft nach wie vor bemerkenswert günstig. Die Abschwächung auf dem Arbeitsmarkt war dank mildem Wetter bis Ende November weit schwächer, als saisonbedingt zu erwarten war. Die Industrieproduktion wächst auffallend stetig mit einer jährlichen Zuwachsrate von 50%. Auftragsbestände und Fertigwarenlager der verarbeitenden Industrien entsprechen der laufenden Produktion, eine Änderung der bisherigen Entwicklungstendenz ist zumindest augenblicklich nicht zu erkennen. Das schwache Herbstgeschäft im Einzelhandel war hauptsächlich auf vorübergehende Sondereinflüsse (im Oktober vor allem auf das außergewöhnlich milde Wetter und

die Grippewelle) zurückzuführen und kann noch nicht als ein konjunkturbedingtes Nachlassen des Verbrauches gedeutet werden. Die trotz hoher Flüssigkeit des Geldmarktes nur sehr mäßige Ausweitung des Kreditvolumens, das Bestreben der Industrie, die Rohstoffvorräte möglichst klein zu halten, und das Ausbleiben größerer Aufträge auf Investitionsgüter gegen Jahresende deuten jedoch darauf hin, daß die Wirtschaft vorsichtiger geworden ist und risikoreiche Projekte meidet.

Die saisonbedingte Abschwächung auf dem *Arbeitsmarkt* war im *November* auffallend gering. Die Zahl der Beschäftigten sank um 14.100 (im Vorjahr um 24.900) auf 2.238.800. Gleichzeitig stieg die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden um 22.600 (im Vorjahr um 32.900) auf 92.400. Während im Vorjahr die Außenarbeiten vielfach schon unterbrochen oder eingestellt werden mußten, wurde heuer auf vielen Baustellen bis Ende November ungestört gearbeitet. Die Zahl der arbeitsuchenden Bauarbeiter stieg mit 6.300 nicht einmal halb so stark wie im Vorjahr. Da die Bauwirtschaft auch im Frühjahr durch mildes Wetter außerordentlich begünstigt worden war, hatte sie heuer eine besonders lange Saison. Obwohl real mehr gebaut wurde als im Vorjahr, konnten starke Saisonspitzen und Spannungen auf den Märkten für Baustoffe und Arbeitskräfte vermieden werden. Außer im Baugewerbe wurden auch in der Eisen- und Metallindustrie weniger Arbeitskräfte freigesetzt, als saisongemäß zu erwarten war. Die Textil- und Bekleidungsindustrie hat nach Aufarbeitung der Weihnachtsaufträge annähernd gleich viel Beschäftigte entlassen wie im Vorjahr. Dagegen hat die Zahl der arbeitslosen Gaststättenarbeiter auch im November stark zugenommen.

Mit dem Einbruch kälteren Wetters in der ersten Dezemberhälfte stieg die Zahl der Arbeitsuchenden um 33.000, war aber mit 125.700 noch um 10.700 niedriger als im Vorjahr. Die finanziellen und organisatorischen Vorkehrungen gegen eine übermäßige Winterarbeitslosigkeit wurden heuer verstärkt. Für produktive Arbeitslosenfürsorge (PAF) stehen im Budget 1958 90 Mill. S zur Verfügung, um 20 Mill. S mehr als im Vorjahr. Aus diesen Mitteln können Baufirmen, die in den Wintermonaten mindestens 65% ihrer Belegschaft beschäftigen, für jeden Arbeiter einen

täglichen Zuschuß von 14 S (im Dezember und März) und von 28 S (im Jänner und Februar) erhalten. Außerdem werden Bauvorhaben öffentlicher Körperschaften subventioniert. In den Städten haben die Gemeindeverwaltungen vielfach zusätzliche Geräte für das Winterbauen angeschafft. Nach Berichten der Arbeitsämter bemühen sich viele Bauunternehmen, die Rohbauten im Herbst so weit fertigzustellen, daß im Winter mit den Innenarbeiten begonnen werden kann. Der Erfolg dieser Maßnahmen darf jedoch nicht überschätzt werden. Wirklich entscheidende Fortschritte im Winterbau sind nur auf längere Sicht zu erwarten. Höhe und Dauer der Arbeitslosigkeit werden voraussichtlich auch im kommenden Winter entscheidend vom Wetter bestimmt werden.

Die *Industrieproduktion* wächst, von monatlichen Zufallsschwankungen abgesehen, bemerkenswert gleichmäßig. Im III. Quartal wurden insgesamt um 5,5% mehr Industriegüter erzeugt als im Vorjahr, im I. und II. Quartal waren es um 4,3% und 6,4% mehr. Das seit Sommer etwas schwächere Wachstum der Grundstoffindustrien wurde durch eine stärkere Expansion der Investitionsgüterindustrien und eine anhaltend gute Konjunktur der Konsumgüterindustrien annähernd ausgeglichen. Die Ausweitung der Produktion war fast ausschließlich einer höheren Produktivität zu danken. Die Zahl der in der Industrie Beschäftigten war im III. Quartal nur um 1/2% höher als im Vorjahr.

Auch für das IV. Quartal ist eine Zuwachsrate der Produktion von annähernd 5% zu erwarten. Obwohl die Grippewelle vielfach Produktionsausfälle verursachte, meldeten die Unternehmer im *Konjunkturtest des Institutes* für Oktober und November in nahezu allen Branchen höhere Ergebnisse als im Vorjahr. Die Zahl der Unternehmungen mit niedrigerer Produktion war allerdings etwas größer als im Frühjahr. Auftragsbestände und Vorräte der Industrie entsprechen den Bedürfnissen einer dynamischen Wirtschaft und lassen keine nennenswerte Änderung der Produktionspläne erwarten. Nach Erhebungen des Konjunkturtestes verfügte die verarbeitende Industrie Ende September über einen durchschnittlichen Auftragsbestand von 2 1/2 Monatsproduktionen, annähernd gleich viel wie zu Beginn der Frühjahrsaison. In einigen Investitionsgüterindustrien (Ma-

schinenindustrie, Elektroindustrie) sind die Auftragsbestände etwas gestiegen. Eine ähnlich starke Häufung von Aufträgen wie in den Jahren 1954 und 1955 blieb jedoch trotz der Wiedereinführung der steuerlichen Bewertungsfreiheit für Neu-Investitionen aus. Die Unternehmer haben offenbar ihre Ertragslage bereits zu Jahresbeginn realistisch eingeschätzt und danach ihre Investitionspläne erstellt. Soweit gegen Jahresende noch zusätzliche Mittel für Investitionen verfügbar sind, werden hauptsächlich Büromaschinen und andere weniger kostspielige Investitionsgüter angeschafft, die meist importiert werden. In einigen Konsumgüterindustrien (vor allem in der Textilindustrie) und in der Sägeindustrie haben die Auftragsbestände seit Jahresbeginn etwas abgenommen, erlauben jedoch noch immer eine hohe Produktion. Die Vorräte der Industrie an Fertigwaren blieben großteils unverändert und werden von den Unternehmern im allgemeinen als ausreichend empfunden.

Der *Einzelhandel* hatte heuer ein schwaches Herbstgeschäft. Nach dem starken Rückgang im September ( $-10\%$ ) stiegen die Umsätze im *Oktober* trotz einer größeren Zahl von Verkaufstagen (27 gegen 25 im September) nur annähernd saisongemäß ( $+13\%$ ). Die Vorjahresumsätze wurden wertmäßig um  $3\%$  (mengenmäßig um etwa  $1\%$ ) überschritten, gegen  $6\%$  ( $2\%$ ) im September und  $9\%$  ( $7\%$ ) im Zeitraum Jänner bis August. Besonders schwach gingen Bekleidungsgegenstände. Die Umsätze des Fachhandels mit Textilien und Schuhen, die im Oktober erfahrungsgemäß um  $40\%$  und  $35\%$  steigen, nahmen heuer nur um  $27\%$  und  $19\%$  zu. Sie waren um  $9\%$  und  $7\%$  niedriger als im Vorjahr. Wohnungseinrichtung und Hausrat sowie „Sonstige“ Waren wurden annähernd gleich viel verkauft wie im Oktober 1956. Gute Umsätze erzielte nur der Handel mit Nahrungs- und Genußmitteln sowie mit Tabakwaren. Nahrungs- und Genußmittel wurden um  $14\%$  mehr verkauft als im September und um  $10\%$  mehr als im Vorjahr. Die hohen Nahrungsmittelumsätze waren teilweise dem Umstand zu danken, daß der Nahrungsmittelbedarf für Allerheiligen und das darauffolgende Wochenende noch im Oktober gedeckt wurde. Außerdem hat die Grippewelle den Absatz von Getränken und Südfrüchten belebt.

Die im ganzen schwachen Oktoberumsätze ließen den Einzelhandel nur wenig neue Ware bestellen.

Der schwachen Herbstsaison im Einzelhandel darf ebensowenig wie den ungewöhnlich günstigen Ergebnissen im Sommer eine besondere konjunkturelle Bedeutung beigemessen werden. Es handelt sich vorwiegend um kurzfristige Verschiebungen im Saisonablauf, die durch den Fremdenverkehr, das Wetter und andere zufällige Ereignisse hervorgerufen wurden. Im Oktober hat sich außerdem die Grippewelle stärker ausgewirkt. Nach Beobachtungen der Gesundheitsbehörden und der Krankenkassen war im Herbst etwa ein Viertel der Bevölkerung grippekrank. Verschiedenes spricht dafür, daß Einzelhandelsumsätze und Verbrauch in den nächsten Monaten wieder annähernd im Einklang mit dem Sozialprodukt wachsen werden. Die Beschäftigung war bis Ende November bemerkenswert hoch und die Maseneinkommen überschritten auch in den letzten Monaten noch um etwa  $9\%$  den Vorjahresstand. Schließlich wird die Steuersenkung und Erhöhung der Kinderbeihilfen ab 1. Jänner vor allem den unteren und mittleren Einkommensschichten zugute kommen, die ihre Einkommen vorwiegend konsumieren.

Der *Außenhandel* hat sich im Oktober saisonbedingt belebt. Die *Ausfuhr* stieg um 71 Mill. S oder  $3\%$  auf 2 256 Mill. S. Sie war wertmäßig, ebenso wie im September, um  $10\%$  höher als im Vorjahr. (Im I und II. Quartal hatte die Zuwachsrate noch  $22\%$  und  $18\%$  betragen.) Gegenüber September wurden vor allem mehr „sonstige“ Fertigwaren, wie Papier, Metallwaren, Textilien, exportiert. Dagegen ging die Ausfuhr von Maschinen und Verkehrsmitteln leicht zurück, war aber noch um  $32\%$  höher als im Vorjahr. In der Gruppe „halbfertige Waren“ wurden mehr Eisen und Stahl sowie mehr Aluminium, aber weniger Kunstdünger und Chemikalien ausgeführt. Der Rohstoffexport stieg dank höheren Holzlieferungen. Trotz der leichten Zunahme im Oktober wurde in den ersten zehn Monaten volumenmäßig um  $7\%$  weniger Holz exportiert als im Vorjahr. Der Holzauschuß der Europäischen Wirtschaftskommission rechnet für 1958 mit einem weiteren Rückgang des Holzbedarfes der europäischen Importländer. Da

außerdem im kommenden Jahr Kanada und die Sowjetunion voraussichtlich mehr Holz auf dem westeuropäischen Markt anbieten werden, wird der österreichische Holzexport zunehmend schwieriger werden. Das für 1958 auf 2 85 Mill  $m^3$  reduzierte Exportkontingent an Schnittholz dürfte auch ohne künstliche Drosselung der Holzausfuhr kaum überschritten werden.

Die *Einfuhr* stieg im Oktober um 155 Mill S oder 6% auf 2 585 Mill S. Sie lag wertmäßig um 7% über dem besonders hohen Niveau vom Oktober 1956. Die steuerliche Bewertungsfreiheit begünstigte die Einfuhr von Investitionsgütern. Die Maschinenimporte stiegen um 60 Mill S auf 433 Mill. Schilling und waren um 25% höher als im Vorjahr. Gleichzeitig ließen Vorratskäufe für die Weihnachts-saison die Importe von sonstigen Fertigwaren (insbesondere von Textilien) um 65 Mill. S steigen. Dagegen sank die Rohstoffeinfuhr um 108 Mill. S. Vor allem Erze und Schrott sowie Brennstoffe wurden vorübergehend in geringeren Mengen bezogen.

Die von der Notenbank für das III. Quartal veröffentlichte *Zahlungsbilanz* bestätigt die sehr günstige Entwicklung des Auslandszahlungsverkehrs in den Sommermonaten. Obwohl das Defizit in der kommerziellen Handelsbilanz mit rund 800 Mill S um 22% größer war als im Vorjahre, wies die laufende Zahlungsbilanz (ohne Ablöselieferungen) einen Überschuß von 0,9 Mrd. S aus, gegen 0,6 Mrd. S im Vorjahr. Der Überschuß war fast ausschließlich dem Fremdenverkehr zu danken, der netto 1,6 Mrd. Schilling (im Vorjahr 1,3 Mrd. S) Devisen einbrachte. Da außerdem 275 Mill. S langfristiges Auslandskapital importiert wurde und wieder namhafte Devisen aus statistisch nicht erfaßten Quellen eingingen, vermehrten sich die valutarischen Bestände der österreichischen Wirtschaft um 1,5 Mrd. S, das ist mehr als der Zuwachs im ganzen Jahr 1956. Auch nach der Reisesaison blieb die Devisenbilanz zunächst verhältnismäßig günstig. Die Netto-Bestände der Notenbank an Gold und Devisen nahmen im Oktober um 465 Mill. S zu, die Abnahme im November war mit 24 Mill. S geringer, als saisongemäß zu erwarten war. Dieses Ergebnis war allerdings hauptsächlich Sonder-einflüssen zu danken. Im Oktober und November

wurde die Schweizer Anleihe an die Österreichischen Bundesbahnen in Höhe von 327 Mill. S überwiesen. Außerdem erhielt die österreichische Bundesregierung 136 Mill. S Gold zurück, das sie vor dem Kriege zur Sicherung der Dollartranche der internationalen Bundesanleihe deponiert hatte. Die laufende Zahlungsbilanz war passiv.

Das *Geldvolumen* stieg im Oktober um 144 Mill. Schilling auf 32 417 Mill. S. Die Zunahme war etwas stärker als im September, aber schwächer als in den Sommermonaten. Infolge des Zusammen-treffens von wöchentlichen und monatlichen Lohn-zahlungsterminen Ende Oktober stieg zwar der Bedarf an Noten und Münzen sprunghaft um 391 Mill. Schilling. Auch die freien Giroguthaben öffentlicher Stellen bei der Notenbank nahmen dank der Schweizer Anleihe an die Bundesbahnen um 92 Mill. Schilling zu. Der zusätzliche Bargeldbedarf wurde jedoch teilweise durch Abhebung von 133 Mill. S Scheckeinlagen finanziert. Außerdem zogen ausländische Kreditinstitute 206 Mill. S von ihren Giro-guthaben bei der Notenbank ab.

Die Vermehrung der zirkulierenden Geldmenge ging auch im Oktober ausschließlich auf Devisen-käufe der Notenbank zurück. Die Ausweitung des kommerziellen *Kreditvolumens* (einschließlich Vor-schüsse auf Aufbaukredite) war mit 135 Mill. S schwächer als in irgendeinem Monat seit Jahres-beginn. Die Banken, die in den letzten Monaten die meisten zusätzlichen Kredite vergeben hatten, schränkten ihr Kreditvolumen um 112 Mill. S ein und glichen damit den saisonbedingten Abzug von Scheck-einlagen aus. Die Sparkassen gewährten 195 Mill. S, die Kreditgenossenschaften 28 Mill. S und die Hypo-thekenanstalten 43 Mill. S zusätzliche Kredite. Die Kreditausweitung war ebenso wie im II. und III. Quar-tal geringer als die Geldkapitalbildung im Kredit-system (Spareinlagen, gebundene Scheckeinlagen, Pfandbriefe und Kommunalobligationen). Im Okto-ber wurden 320 Mill. S auf Sparkonten eingelegt, um 184 Mill. S mehr als im Vorjahr. Außerdem ver-kaufte die Kreditinstitute 20 Mill. S Pfandbriefe und Kommunalobligationen. Ein Teil der langfristi-gen Mittel wurde in Wertpapieren angelegt. Während nach den bisherigen Ergebnissen die Energieanleihe

fast ausschließlich im Publikum untergebracht wurde, mußte die Wohnbauanleihe zunächst größtenteils vom Garantiesyndikat übernommen werden

Die schon seit Frühjahr nur sehr schwache Ausweitung des Kreditvolumens ist besonders bemerkenswert, weil die Kreditinstitute sehr flüssig sind. Ihre Netto-Guthaben bei der Notenbank stiegen auch nach der Reisesaison im Oktober noch um 69 Mill. S. Der Rückgang im November um 106 Mill. S war schwächer, als saisonbedingt zu erwarten war. Ende November überstiegen die freien Giro Guthaben der Kreditinstitute ihr Wechselobligo an die Notenbank um 1.253 Mill. S. Zur gleichen Zeit des Vorjahres war der Kreditapparat per Saldo noch mit 354 Mill. S an die Notenbank verschuldet gewesen. Auch die Kreditabkommen lassen den Instituten reichlich Spielraum für zusätzliche Kredite. Die Kreditspielreserve der Banken, Sparkassen und Kreditgenossenschaften betrug trotz einem leichten Rückgang im Oktober 3.110 Mill. S. Die technischen Möglichkeiten, zusätzliche Kredite zu gewähren, werden also gegenwärtig bei weitem nicht ausgenutzt.

Das Preisniveau ging im November leicht zurück. Der vom Statistischen Zentralamt berechnete Index der Großhandelspreise sank um 0,9% auf 868, der Lebenshaltungskostenindex des Institutes um 0,2% auf 731,1 (1938 = 100). Der Rückgang war sowohl im Großhandel als auch im Einzelhandel hauptsächlich stärkeren Verbilligungen von Kartoffeln und

Kalbfleisch zu danken. Die Preise für Industrierohstoffe haben im Durchschnitt etwas angezogen, die Verbraucherpreise gewerblicher Konsumgüter blieben unverändert. Im Vergleich zum Vorjahr war der Großhandelspreisindex Mitte November zum erstenmal seit Jahresbeginn um 0,3% niedriger, der Lebenshaltungskostenindex um 1,2% höher. Die seit längerem schwebenden Forderungen nach Erhöhung der Strompreise und verschiedener Tarife der Kommunalbetriebe wurden neuerlich zurückgestellt. Die maßgeblichen wirtschaftspolitischen Stellen haben sich geeinigt, die Tarife bis nächstes Frühjahr nicht zu ändern. Die Unternehmungen der Gemeinde Wien werden erst nach Klärung der Tariffrage Vorschläge für das Jahr 1958 erstellen.

Die Lohnbewegung beschränkte sich weiterhin auf Nachziehungen bei einigen zahlenmäßig unbedeutenden Berufsgruppen. Der Index der Arbeiter-Nettoarbeitslöhne des Institutes ist seit Juni mit 719,7 (April 1945 = 100), ohne Kinderbeihilfen, unverändert geblieben. Er war Mitte November um 3,5% höher als im Vorjahr. Die Netto-Wochenverdienste der Wiener Arbeiter lagen im Durchschnitt der Monate September und Oktober um 5,6% über dem Vorjahresstand (im Juli und August um 3,6%). Die verhältnismäßig hohen Verdienste sind hauptsächlich dem Umstand zu danken, daß die Bausaison heuer im Herbst lebhafter als im Vorjahr war. Ohne Bauarbeiter waren die Netto-Wochenverdienste nur um 3,7% höher als im Vorjahr.

## Wahrung, Geld- und Kapitalmarkt

*Dazu Statistische Übersichten 1 1 bis 1 9*

Die Netto-Devisenreserven der Nationalbank sanken im November bersaisonnmbig um 554 Mill. Schilling. Im November 1956 und 1955 hatten sie nur um 28 Mill. S und 236 Mill. S abgenommen. In der EZU-Abrechnung entstand ein Defizit von 6,3 Mill. \$ gegen nur 3,7 Mill. \$ im Vorjahr. Devisen fließen ab, weil der Exportboom nachlbt. Die Goldbestände der Notenbank dagegen haben im November sprunghaft um 531 Mill. S zugenommen. Nach einem Übereinkommen mit den ehemaligen Gläubigern der Internationalen Vlkerbundanleihe vom Jahre 1923 erhielt die sterreichische Bundesregierung Gold im Werte von 136 Mill. S zurück, das vor dem Kriege zur Sicherung der Dollar-Tranche dieser Anleihe in London deponiert worden war. Weiters überwies die EZU einen Teil des Schweizer Kredites an die sterreichischen Bundesbahnen in Gold an die sterreichische Nationalbank. Dank der Vermehrung der Goldbestände belief sich der gesamte Abgang an Gold und Netto-Devisen im November nur auf 24 Mill. S.

Da die Goldtransaktionen nicht über die Kreditinstitute abgewickelt werden, entzog ihnen der Devisenabflu liquide Mittel. Dazu kam, daß das Zusammenfallen der monatlichen und wochentlichen Lohnzahlungen einen großen Ultimobedarf an Zahlungsmitteln verursachte, der teilweise durch Abhebungen von Scheckkonten gedeckt wurde. Der Banknotenumlauf stieg im November um 197 Mill. Schilling. Die Kreditinstitute, insbesondere die Banken, waren gezwungen, 123 Mill. S von ihren freien Giroguthaben bei der Notenbank abzuziehen.

Obwohl die Kreditinstitute noch über hohe Netto-Guthaben bei der Notenbank verfügen und ihren Kreditplafond nur teilweise ausnützen, vergaben sie im Oktober nur 179 Mill. S zusätzliche kommerzielle Kredite, gegen 252 Mill. S im September. Selbst unter Berücksichtigung von 114 Mill. Schilling zusätzlicher Aufbaukredite war die gesamte Kreditausweitung mit 249 Mill. S auffallend gering. Der grote Teil der neuen Kredite (195 Mill. S) wurde von den Sparkassen gewährt, Hypothekendarlehen und gewerbliche Kreditgenossenschaften dehnten ihr Kreditvolumen um 43 Mill. S und 31 Mill. S aus. Dagegen schränkten die Banken ihre Kredite um 112 Mill. S ein.

Trotz der zurückhaltenden Kreditpolitik verringerte sich die Krediterteilungsreserve der Banken im Oktober um 94 Mill. S, da die auf die Abkommen anrechenbaren Kredite (–68 Mill. S) weniger stark

abnahmen als der Kreditplafond (–162 Mill. S). Der Kreditplafond wurde dadurch gesenkt, daß die Banken im Oktober 162 Mill. S Scheckeinlagen verloren. Da auch die Sparkassen 115 Mill. S Scheckeinlagen verloren und nur die des Postsparkassenamtes erheblich zunahmten, sanken sie im Oktober um insgesamt 133 Mill. S, stärker, als saisonüblich zu erwarten war. Im September hatten sie noch um 271 Mill. S zugenommen.

Im Gegensatz zu den Scheckeinlagen nahmen die Spareinlagen im Oktober mit 320 Mill. S verhältnismäßig stark zu. (Im Vorjahr hatte die Zunahme wegen der Ereignisse in Ungarn und Suez nur 136 Mill. Schilling betragen.) Der grote Teil der neuen Spareinlagen (165 Mill. S) floß den Sparkassen zu. Ihr Kreditplafond stieg dadurch im Oktober um 48 Mill. Schilling. Da sie 190 Mill. S anrechenbare Kredite gewährten, verminderte sich ihre Krediterteilungsreserve um 142 Mill. S. Sie war jedoch Ende Oktober sowohl bei den Sparkassen (1 Mrd. S), als auch bei den Banken (1,4 Mrd. S) noch immer bemerkenswert hoch. Von der Angebotsseite stehen daher derzeit einer Kreditausweitung keine ersten Hindernisse im Wege.

Auf dem Kapitalmarkt wurde im November eine 7%ige Anleihe des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds von 200 Mill. S aufgelegt. Obwohl die Rendite von 7,6% bei einem Ausgabekurs von 98 die übliche Höhe erreicht, mußten zwei Drittel der Anleihe vom Garantiesyndikat übernommen werden. Hingegen konnte die II. Tranche der Energieanleihe 1957 von 270 Mill. Schilling zu Gänze im Publikum abgesetzt werden. Die mit 20 Mill. S vorgesehene Quote für Lohnzeichner dürfte überschritten worden sein. Pfandbriefe und Kommunalobligationen wurden im Oktober 1957 20 Mill. S neu emittiert, gegen 13 Mill. S im gleichen Monat des Vorjahres. Die amerikanische Ex-Im-Bank erhöhte ihren Investitionskredit an die sterreichische Alpine Montangesellschaft von 20 Mill. \$ auf 28,15 Mill. \$ (730 Mill. S).

Der erste sterreichische Miteigentumsfonds „Selecta“ schüttete im November erstmalig einen Reingewinn von 2,48 Mill. S aus. Auf jeden der 123.700 Anteile (Nennwert 500 Schilling) entfiel ein Ertrag von S 20– (Rendite 4,4%). Die Kurse der Volksaktien sind seit Mitte November rückläufig. Vorzugsaktien notierten Mitte Dezember 175– S für je 100– S Nominale, um 7 Punkte weniger als Ende Oktober 1957, als die Kursentwicklung ihren Höchststand erreichte. Der Kursindex der Industrieaktien ging im November bei 10 Mill. S groeren Umsätzen um 35 Punkte oder 3% zurück.

## Preise und Löhne

Dazu Statistische Übersichten 2 1 bis 2 8 und 10 1

Die Rohwarenpreise auf den *Weltmärkten* sinken teilweise noch immer, zum Teil beginnen sie sich aber auf niedrigem Niveau zu stabilisieren. Auch die Exportpreise für Eisen und Stahl sind weiter rückläufig, im Montanunion-Bereich wurden dagegen neuerlich verschiedene Stahlpreise hinaufgesetzt. Die Frachtenbaisse hält noch an. Im *Inland* blieben die Preise annähernd stabil, die Indizes sind durchwegs etwas zurückgegangen. Die Lohnbewegung war schwach.

Die seit Monaten anhaltende Baisse auf den internationalen *Rohwarenmärkten* ist erst teilweise zum Stillstand gekommen. Die Preise für die meisten NE-Metalle und für Kautschuk gingen zwar weiter zurück, dagegen notierten Agrarprodukte und Textilfasern (ausgenommen Wolle) wieder fester, wobei sich auf den amerikanischen Märkten die Rohwarenpreise im allgemeinen stärker festigten als auf den europäischen. Auf dem Londoner Markt wurde im Laufe des Monats November Blei, Zink, Kupfer, Merinowolle sowie Kautschuk neuerlich, und zwar um 7<sup>0</sup>/<sub>0</sub>, 4<sup>0</sup>/<sub>0</sub>, 3<sup>0</sup>/<sub>0</sub>, 2<sup>0</sup>/<sub>0</sub> und 1<sup>0</sup>/<sub>0</sub>, billiger. Der Preis für Kassazinn, der bereits seit einigen Wochen die im internationalen Zinnabkommen festgelegte Mindestgrenze von 730 £ je Tonne erreicht hat, konnte dank Interventionskäufen des Zinn-Pools stabil gehalten werden. In New York wurden Kakao, Zucker, Roggen, Baumwolle und Mais um 13<sup>0</sup>/<sub>0</sub>, 6<sup>0</sup>/<sub>0</sub>, 4<sup>0</sup>/<sub>0</sub>, 3<sup>0</sup>/<sub>0</sub> und 2<sup>0</sup>/<sub>0</sub> teurer. Die meisten Rohwaren notierten Ende November viel niedriger als vor einem Jahr (damals hatten die Preise vieler „Suez-Waren“ gerade ihren höchsten Stand erreicht). Besonders stark unterschritten die Londoner Preise von Sojaöl (um rund zwei Drittel), Kupfer, Blei und Zink (um etwa ein Drittel) und von Kautschuk sowie Zucker (um fast 30<sup>0</sup>/<sub>0</sub>) ihren Vorjahresstand. Hingegen lagen die Kakaopreise infolge spekulativer Manipulationen beträchtlich höher als vor einem Jahr (in New York um nahezu die Hälfte).

Die internationalen *Rohstoffpreisindizes* entwickelten sich unterschiedlich. Während *Reuter's* Index für Sterlingwaren von Anfang bis Ende November um 0·2<sup>0</sup>/<sub>0</sub> auf 424·5 zurückging (er hatte am 27. November mit 423·1 den niedrigsten Stand seit sieben Jahren erreicht), stieg *Moody's* Index für amerikanische Industrierohstoffe um 1·2<sup>0</sup>/<sub>0</sub> auf 389·6. Ende November lagen beide Indizes um 17·2<sup>0</sup>/<sub>0</sub> und 11·3<sup>0</sup>/<sub>0</sub> niedriger als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Während die westeuropäischen Exportpreise für *Eisen und Stahl* weiter zurückgehen, hält die steigende Tendenz der Inlandspreise an. Die westdeutschen

Werke haben Ende November für den Bereich der Montanunion die Listenpreise für Edelfeststahl um etwa 1 bis 5<sup>0</sup>/<sub>0</sub>, für Kommerzstahl um 3 bis 5<sup>0</sup>/<sub>0</sub> und für Roheisen um 4 bis 5<sup>0</sup>/<sub>0</sub> hinaufgesetzt. (Ausmaß und Zeitpunkt wurden diesmal nicht einheitlich festgesetzt.) Auch die saarländische Eisen- und Stahlindustrie hat im November die Kommerzstahlpreise um etwa 5 bis 14<sup>0</sup>/<sub>0</sub> erhöht. Während die westdeutsche Preiskorrektur vornehmlich kostenmäßige Ursachen hatte, dürfte für die Erhöhung der Saarstahlpreise vor allem die Verschlechterung der bisherigen Exportpreise infolge der Anfang November eingeführten Abrechnung zum abgewerteten Franc-Kurs maßgebend gewesen sein.

Auch die europäischen *Kohlenpreise* ziehen zum Teil weiter an. Die Grubenpreise für Saarkohle wurden zu Novemberbeginn um durchschnittlich 11<sup>0</sup>/<sub>0</sub> hinaufgesetzt. Ruhrkohle droht (zumindest innerhalb der Montanunion) erneut teurer zu werden, da die Hohe Behörde die Streichung der bisherigen staatlichen Subvention an den Ruhrkohlenbergbau verlangt hat, dieser jedoch einen etwaigen Entzug auf die Preise überwälzen will.

Die Schwäche auf den *Seefrachtenmärkten* hält weiter an. Ende November lagen die Trampfrachtraten (auf Einzelreisenbasis) für Kohle von Hampton Roads nach Antwerpen/Rotterdam um etwa 3<sup>0</sup>/<sub>0</sub>, für Getreide vom US-Golf nach Antwerpen/Hamburg um 4<sup>0</sup>/<sub>0</sub> und für Erdöl vom Persischen Golf nach England um 12<sup>0</sup>/<sub>0</sub> niedriger als zu Monatsbeginn. Die vorjährigen Sätze wurden damit um rund 70<sup>0</sup>/<sub>0</sub> (Kohle und Getreide) und 90<sup>0</sup>/<sub>0</sub> (Erdöl) unterschritten. Die niedrigen Frachtraten veranlassen die Reeder im zunehmenden Maße – insbesondere in der Tankerfahrt – Schiffe aufzulegen oder ihre Verwendung durch Umleitung auf längere Routen zu strecken. Verschiedene Eigner von Öltankern versuchen außerdem ihre Schiffe für Getreidetransporte einzusetzen. Die Situation auf den Frachtenmärkten wird derzeit auch durch die rasche Zunahme neuer Schiffsbauten verschärft.

Das inländische *Preisniveau* hat sich im November nur wenig verändert. Die Preise einiger Nahrungsmittel gingen zurück oder lagen niedriger als im Vorjahr (Fleisch, Gemüse), andere Preise zogen hingegen an. Die Entscheidung über die Erhöhung verschiedener Tarife dürfte erst im nächsten Jahr fallen. Die „Paritätische Wirtschaftskommission“ trat in den letzten Wochen mehrmals zusammen und dämpfte den Preis-Lohn-Auftrieb<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Im letzten Monatsbericht wurde auf Grund einer unrichtigen Information mitgeteilt, daß die Zuckerfabriken und die Rübenproduzenten bei der Wirtschaftskommission eine

Der vom Statistischen Zentralamt berechnete Index der *Großhandelspreise* ist von Mitte Oktober bis Mitte November um 0,9% zurückgegangen. Der Teilindex für Nahrungs- und Genußmittel fiel um 1,9%, da sich insbesondere der Rückgang der Kartoffelpreise (um 10%), aber auch die Verbilligung von Kalb-, Schweine- und Rindfleisch (um 2%, 3% und 4%) stärker auswirkte als die saisonbedingte Verteuerung von Weizen und Roggen (je 1%). Der Teilindex für Industrierohstoffe erhöhte sich hingegen geringfügig um 0,3%, da das Steigen der Preise für Kupfer (7%), Kalbleder (6%), Jute (5%), Baumwolle (2%), Hanf (1%) sowie Flachs (0,2%) stärker ins Gewicht fiel als die Verbilligung von Kautschuk (8%), Wolle (6%) und Zinn (3%).

Von den wichtigeren Waren, die im Index der *Großhandelspreise* nicht enthalten sind, wurden gegenüber dem Vormonat Eier und Leinöl um je 3% teurer.

Der vom Institut für den Stichtag 15. November berechnete Index der *Lebenshaltungskosten* (nach einem Normalverbrauchsschema für eine vierköpfige Arbeiterfamilie in Wien) ist gegenüber dem Vormonat um 0,2% zurückgegangen. Der Teilindex für Nahrungsmittel fiel um 0,5%, da die Erhöhung der Spinat- und Eierpreise (um 20% und 4%) durch Verbilligungen von Kalbfleisch und Kartoffeln (um 16% und 4%) überkompensiert wurde. Der Teilindex Wohnung stieg hingegen infolge der saisonbedingten Erhöhung des Reinigungsgeldes um 2%.

Mitte November lag der Index der Lebenshaltungskosten um 1,2% höher als im Vorjahr (ohne Berücksichtigung der Saisonprodukte um 1,7%). Außer den Teilindizes für Nahrungs- und Verkehrsmittel, die gefallen sind bzw. unverändert blieben, haben sich alle Aufwandgruppen erhöht.

In den letzten Wochen wurden die *Erzeugerpreise* für Rindleder teilweise bis zu 6% erhöht, für

Zweck- und Zierleuchten wurden sie bis zu 10% gesenkt. Zigarettenpapier wird voraussichtlich mit Jahresbeginn — je nach Sorte verschieden — bei den Erzeugern um etwa 20 bis 30% im Preis gesenkt werden, da im Ministerrat kürzlich die Aufhebung der Tabaksteuer- und Aufbauschläges beschlossen wurde.

Importierte Braunkohlenbriketts wurden im *Kleinhandel*, da die ausländischen Grubenpreise gesteigert wurden, um 2 bis 3% teurer, Plastikmäntel und Gefäße aus Plastik verbilligten sich teilweise bis zu 15%.

Über größere Tarifregulierungen wird voraussichtlich in nächster Zeit nicht entschieden werden. In Steyr wurden mit Anfang Dezember die Tarife der städtischen Autobuslinien um ein bis zwei Drittel erhöht.

Der Wiener *Viehmarkt* war im November durchwegs stärker beschickt als im Vormonat, aber schwächer (Kälber ausgenommen) als im November 1956. Die Lebendgewichtpreise im Großhandel waren bei allen Sorten fallend (Kälber notierten um 10%, Rinder um 4% und Schweine um 1% niedriger als im Vormonat). Kälber und Rinder wurden jedoch noch immer teurer verkauft als vor einem Jahr (um durchschnittlich 6% und 5%), Schweine dagegen billiger (um 1%). Auch die häufigsten Verbraucherpreise für Fleisch wiesen zumeist eine sinkende Tendenz auf. Am stärksten war die durchschnittliche Verbilligung von Kalbfleisch (bis zu 10%). Die besseren Rindfleischsorten verbilligten sich bis zu 2%, mindere Qualitäten oder Innereien blieben im Preis stabil oder wurden etwas teurer (bis zu 3%). Von Schweinefleisch kosteten die Gustostücke teilweise weniger als im Vormonat (bis zu 3%), Schweinsköpfe und Bauchfleisch wurden jedoch um 6% und 2% teurer verkauft. Die Preise für Kalb- und Rindfleisch lagen bis zu 23% und 10% höher als vor einem Jahr (Köpfe, Innereien und Fett ausgenommen, die bis zu 13% billiger wurden); die Gustostücke von Schweinefleisch kosteten bis zu 11% mehr als im November 1956, dagegen waren Speckfilz um 18% und Bauchfleisch sowie Innereien bis zu 6% billiger.

Auf die Wiener Märkte wurde im November annähernd gleich viel *Obst und Gemüse* gebracht wie ein Jahr vorher. Die meisten Obstpreise überschritten ihren Vorjahresstand. Inländische Wirtschaftsäpfel kosteten annähernd drei Viertel, importierte Birnen fast zwei Drittel und ausländische Weintrauben über ein Drittel mehr als im November 1956. Inlandsbirnen, Bananen, Orangen und Zitronen waren durchschnittlich um 27%, 16%, 6% und 2% teurer; billiger waren Auslandsäpfel und Walnüsse (um 19% und 5%). Auch Gemüse war meist billiger als im Vor-

#### Veränderungen der Lebenshaltungskosten im November 1957 gegenüber November 1956

	%
Nahrungsmittel .....	- 1,8
Genußmittel .....	+ 2,2
Wohnung .....	+ 2,9
Beheizung und Beleuchtung .....	+ 5,5
Bekleidung .....	+ 6,8
Haushaltungsgegenstände .....	+ 1,7
Reinigung und Körperpflege .....	+ 2,7
Bildung und Unterhaltung .....	+ 7,2
Verkehrsmittel .....	0,0
Gesamtindex .....	+ 1,2

Erhöhung des Endverbraucherpreises für Zucker um rund 12% beantragt haben. Ein solcher Antrag wurde aber, wie der Verband der Zuckerindustrie mitteilt, weder bei der Wirtschaftskommission noch bei der Preiskommission im Innenministerium eingebracht.

Entwicklung der häufigsten Verbraucherpreise  
für Kalb-, Rind- und Schweinefleisch

	Durchschnittliche Preisveränderung November	
	gegenüber Oktober 1957	1957 gegenüber November 1956
	in %	
<b>Kalbfleisch</b>		
Schulter, ausgelöst mit Zuwaage	-10	0
Schlägel mit Schlußbraten	-6	+23
Nierenbraten	-4	+14
Karree mit Knochen	0	+9
Kopf	0	-13
Kalbsbrust	+1	+13
<b>Rindfleisch</b>		
Vorderes mit Knochen	-2	+7
Rostbraten	-2	+2
Beiried	-2	+5
Hinteres mit Knochen	0	+4
Kernfett	0	-7
Bruckfleisch	+1	+10
Milz	+3	-13
<b>Schweinefleisch</b>		
Schlägel, ausgelöst	-3	+11
Karree, kurz	-1	+9
Schopfbraten mit Knochen	0	+2
Beuschl	0	-6
Filz	0	-18
Schulter, ausgelöst	+1	+8
Bauchfleisch mit Knochen	+2	-6

Q: Marktamtsberichte der Stadt Wien

jahr Die Preise für Kohl waren mehr als ein Drittel, die für Kochsalat und Chinakohl annähernd ein Viertel niedriger als im November 1956; Kohlsprossen, Weißkraut, Zwiebeln und Kohlrabi verbilligten sich um 29%, 21%, 14% und 12%; beträchtlich teurer waren hingegen nur Paprikas und inländische Tomaten (um 84% und 37%)

Die Lohnbewegung beschränkte sich auf die Nachziehung von Löhnen kleinerer Arbeitergruppen. Die Kollektivvertragslöhne der Arbeiter der Essig-, Essenzen- und Spirituosenerzeugung in Wien, Niederösterreich und Burgenland wurden Anfang September bzw. im letzten Oktoberdrittel um 3 bis 17% erhöht. Anfang Oktober stiegen die Mindestlöhne der Arbeiter in den Konsumgenossenschaften um 3% und zu Novemberbeginn die der Arbeiter bei den Seil- und Schwebebahnen um 2 bis 15%. Urlaubszuschüsse ab 1957 im Ausmaß von zwei Wochenlöhnen bzw. bis zu eineinhalb Wochenverdiensten erhielten in Kärnten die Arbeiter an den Waldaufschließungsstellen und in der gewerblichen Mieder- und Wäschewarenherzeugung. Über die Lohnforderungen der Bekleidungsarbeiter wurde noch immer keine Einigung erzielt.

Der Index der Arbeiter-Nettotariflöhne (für Verheiratete mit zwei Kindern) blieb im November unverändert, da sich die Kollektivvertragslöhne der im Index enthaltenen Arbeiterkategorien nicht änderten. Gegenüber November 1956 ist der Tariflohnindex (mit Kinderbeihilfen) um 3% und (ohne Kinderbeihilfen) 3 5/10 gestiegen.

Die Indizes der Verdienste stiegen etwas stärker. Nach der Verdienststatistik des Institutes (sie erfaßt nur die laufenden Verdienste, nicht aber einmalige Zulagen, wie Urlaubs- oder Weihnachtzuschüsse) waren die Brutto-Wochenverdienste der Wiener Arbeiter im Durchschnitt der Monate September und Oktober um 6 5/10 und die Netto-Wochenverdienste (für Verheiratete mit zwei Kindern, einschließlich Kinderzulagen) um 5 6/10 höher als im Vorjahr. Die Pro-Kopf-Verdienste der Industriearbeiter in ganz Österreich (einschließlich aller Zulagen) stiegen in der gleichen Zeit brutto um 6 3/10 und netto um 5 4/10.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 3 I bis 3 II

Die Landwirtschaft lieferte im Oktober um 32% und 29% weniger Weizen und Roggen, aber um 9% mehr Milch als im Oktober 1956. Die Marktleistung an Brotgetreide nach der letzten Ernte war um 4% (Weizen +1%, Roggen -13%) niedriger, die an Milch seit Jahresbeginn um 16% höher als im Vorjahr. Im November kam im Wochendurchschnitt auf Grund der Marktamts-Statistik um 13% mehr Fleisch aus dem Inland nach Wien als im Vormonat und um 7% mehr als im November 1956. Schweine und Kälber - Fleisch in Vieh ungerechnet - wurden im Vergleich zum Vorjahr um 16% und 2% mehr, Rinder um 6% weniger geliefert. Das Fleischangebot insgesamt - einschließlich der Einfuhr - war jedoch um 8% niedriger als im November 1956, weil 12.000 Schweine weniger importiert wurden.

Ruhiger Holzmarkt bei anhaltend hohen Schlägerungen

Im III. Quartal wurden 2 3 Mill. fm, in den ersten drei Quartalen 6 8 Mill. fm Derbholz<sup>1)</sup> geschlägert. Der Einschlag im III. Quartal lag im Vergleich zum Vorjahr um 0 2 Mill. fm oder 8% der Einschlag bis Ende September um 1 3 Mill. fm oder 23% höher. Die Holznutzung war nach Bundesländern verschieden. In Oberösterreich, Vorarlberg und der Steiermark fällte man im laufenden Jahr um 56%, 24% und 23%, in Salzburg, Tirol und Wien um 9%, 7% und 7% mehr Holz, im Burgenland jedoch um 13% weniger. Die Nutzholzmenge war insgesamt um 23%, die Brennholzmenge um 22% größer. Für den Markt sind um 24% Nutzholz und 15% Brennholz, für den Eigenbedarf um 12% Nutzholz und 27% Brennholz mehr erzeugt worden. Telegraphenstangen und Maste wurden um 65%,

<sup>1)</sup> Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft

Zeugholz, Schleitholz und Grubenholz um 48%, 35% und 24% sowie Bloche um 20% mehr, Schwellen um 11% weniger ausgeformt. Mit der Schlägerung und Holzlieferung waren 38.729 Arbeitskräfte beschäftigt, gegen 36.892 im Vorjahr.

Das schöne Herbstwetter begünstigte sowohl die Schlägerungen als auch die Forstkulturen. Wenn im IV. Quartal die gleiche Holzmenge gefällt wurde wie in den zwei Jahren vorher (4,5 und 4,7 Mill. fm), wird die Holznutzung im Jahre 1957 mit 11,3 bis 11,5 Mill. fm wieder weit über der zulässigen Grenze (8,5 Mill. fm) liegen und um 12 bis 14% höher sein als im Jahre 1956. Die fortschreitende Erschöpfung des Waldkapitals macht die *Aufstellung von Wirtschaftsplänen* auch für den Bauernwald dringend notwendig. Das Interesse für Waldwirtschaftspläne und für eine forstliche Betriebsberatung durch geschulte Organe nimmt besonders in den Bundesländern Steiermark und Niederösterreich zu, auf die fast die Hälfte des österreichischen Bauernwaldes entfällt. Durch diese Maßnahmen wurde in den letzten Jahren einerseits die Zuwachsleistung gesteigert und andererseits der übermäßige Holzverbrauch eingeschränkt. Zweifellos könnte aber der Brennholzverbrauch in der Landwirtschaft durch bessere Herde und der Bedarf an Bau- und Zaunholz durch moderne Baumethoden und Drahtzäune noch weiter verringert werden.

Der Privatwald mit 67% der Waldfläche lieferte 79% der gesamten Holzmenge, der Staats- und Körperschaftswald mit einem Flächenanteil von 33% hingegen nur 21%. Dem Bauernwald (Privatwald unter 50 ha) wurde um 23% (550 000 fm) mehr Holz entnommen als dem Privatwald über 50 ha, obwohl seine Fläche nach der Forststatistik 1935 nur um 39.461 ha oder 4% größer und der Holzzuwachs je ha im Durchschnitt um ein Drittel geringer ist als im Großwald.

Von Jänner bis Ende September wurden den Angaben des Bundesholzwirtschaftsrates zufolge 5,7 Mill. fm Rundholz verschnitten, gegen 5,6 Mill. fm im Vorjahr, die Produktion von Schnittholz belief

### Verschnitt und Vorrat an Holz

(Stand Ende September)

Art	1954	1955	1956	1957
		1.000 fm ohne Rinde		
Verschnitt von Sägerundholz (I.–III. Quartal)	5 329 5	5 784 4	5 574 0	5 657 7
Produktion von Schnittholz, 1 000 m <sup>3</sup> (I.–III. Quartal)	3 504 3	3 808 3	3 686 2	3 736 9
Schnittholzlager bei Sägen und Holzhandel 1 000 m <sup>3</sup>	454 0	747 9	704 6	703 6
Rundholzlager der Sägewerke <sup>1)</sup>	971 3	1 307 4	1 123 2	1 291 8
Nutzholzlager beim Waldbesitz <sup>2)</sup>	1 189 7	1 231 9	1 314 2	1 387 4
Brennholzlager beim Waldbesitz <sup>2)</sup>	218 3	169 2	210 0	236 6

Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Bundesholzwirtschaftsrat. —

<sup>1)</sup> Werks- und Waldlager. — <sup>2)</sup> Noch nicht verkaufte Vorräte aus den Schlägerungen der ersten drei Quartale

sich auf 3,7 Mill. m<sup>3</sup>. Während der *Schnittholz*vorrat bei Sägen und Holzhandel im Herbst so hoch war wie im Jahr vorher, nahm der *Rundholz*vorrat infolge der erhöhten Fällung bei den Sägen um 15% und beim Waldbesitz um 6% zu.

Der *Absatz von Schnittholz* im Inland (Anfangslager – Endlager + Produktion + Import – Export) war im III. Quartal mit 413.961 m<sup>3</sup> um 33% und in den ersten drei Quartalen mit 1,1 Mill. m<sup>3</sup> um 9% höher als im Vorjahr. Die Umsätze im laufenden Jahr blieben jedoch um 3% unter dem Niveau von 1955. Auch der *Holzexport* hat sich verringert. Am stärksten gingen die Ausfuhren von Spreißelholz, Brennholz und Kisten zurück. Nur an Laubschnittholz und Schwellen wurde mehr exportiert. Insgesamt sank das Exportvolumen gegenüber 1956 um 7%. Die Ausfuhr von Schnittholz wird die von der Bundesregierung für 1957 festgesetzte Maximalmenge von 3,25 Mill. m<sup>3</sup> voraussichtlich gerade erreichen oder nur wenig überschreiten.

### Volumen der Holzausfuhr<sup>1)</sup>

(Rohholzbasis)

	1. Jänner bis 31. Oktober	1957	1957 in %
	1956	1957	von 1956
	1 000 fm		
Nadelschnittholz	4 430 5	4 219 1	95 2
Kisten und Steigen	24 9	15 4	61 8
Laubschnittholz	98 5	104 2	105 8
Schwellen <sup>2)</sup>	1 2	22 7	1 891 7
Bauholz behauen	128 8	99 4	77 2
Rundholz <sup>2)</sup>	264 3	223 8	84 7
Brennholz	56 2	21 9	39 0
Spreißelholz	91 7	35 7	38 9
Insgesamt	5 096 1	4 742 2	93 1

Q: Bundesholzwirtschaftsrat. — <sup>1)</sup> Umrechnungsschlüssel auf Rohholz (fm): Nadel- und Laubschnittholz, Kisten, Steigen, Schwellen 1,54, Laubschnittholz 1,43, behauenes Bauholz 1,11 — <sup>2)</sup> I bis III. Quartal. — <sup>3)</sup> Grubenholz, Telegraphenstangen, Nadel- und Laubrundholz, Waldstangen, Rammpfähle

Der *Holzmarkt* in Österreich blieb trotz größerem Rundholzvorrat und verminderter Holzausfuhr stabil. Die Preise für Sägebloche, Schleifholz, Grubenholz, Schnittholz und Brennholz veränderten sich seit Frühjahr 1957 kaum, sie lagen von August bis Oktober jedoch um 2 bis 4% höher als im Jahre 1956. Auch die Exporterlöse für Schnittholz haben sich weitgehend stabilisiert.

Der Holz Ausschuss der Wirtschaftskommission für Europa rechnet für 1958 mit einem um 7 bis 9% geringeren *Holzbedarf der europäischen Importländer*. Im Jahre 1957 war der europäische Holzimport mit über 4 Mill. Standards noch um 0,2 Mill. Standards (5%) größer als im Jahre 1956. Die Experten nehmen an, daß sich im Jahre 1958 die Restriktionsmaßnahmen in England und Frankreich stärker auf die Holzimporte auswirken werden und daß die Wachstumsrate der industriellen Produktion zurückgehen wird.

Die Aussichten für den Holzexport Österreichs sind daher nicht mehr so günstig wie im letzten Jahr. Dazu kommt, daß mit erhöhten Holzlieferungen aus Kanada und der UdSSR nach England und Westeuropa zu rechnen ist. Die Holzexporteure glauben, daß es unter diesen Umständen nicht schwer fallen wird, die Ausfuhr von Schnittholz im Jahre 1958 in dem vom Ministerrat festgesetzten reduzierten Umfange (2 85 Mill. fm) zu halten. Die Exportbeschränkung wird allerdings nicht für geeignet gehalten, den Überschlagerungen Einhalt zu bieten; ihnen müßte mit forstrechtlichen Maßnahmen begegnet werden.

### Probleme des Schwellenabsatzes

Österreichs Produktion an Holzschwellen betrug im Durchschnitt 1952/56 jährlich rund 1 Mill. Stück; davon nahmen die Bundesbahnen vier Fünftel und die Privatbahnen<sup>1)</sup> und Industriebetriebe<sup>2)</sup> ein Fünftel ab. Von der „Interessengemeinschaft österreichischer Schwellenlieferanten“, der 80% der Schwellenerzeuger und -händler angehören, wurden 85%, von anderen Erzeugerfirmen 15% des Bedarfes gedeckt.

Der Außenhandel mit Schwellen war bisher unbedeutend. Im Jahre 1952 wurden 18 311 m<sup>3</sup> Schwellen exportiert und in den Jahren 1955 und 1956 54 129 m<sup>3</sup> und 17 765 m<sup>3</sup> Schwellen importiert<sup>3)</sup>. Außerdem sind im Jahre 1949 32 631 m<sup>3</sup> Schwellen, hauptsächlich im Rahmen des Marshallplanes, eingeführt worden. Insgesamt hat Österreich von 1947 bis 1956 120 222 m<sup>3</sup> Eisenbahnschwellen eingeführt und 35 046 m<sup>3</sup> ausgeführt. Im Jahre 1957 wurde der Export wegen stark gedrosselter Käufe der ÖBB forciert; in den ersten drei Quartalen sind 14 721 m<sup>3</sup> Schwellen im Werte von 13 6 Mill. S ausgeführt worden.

### Produktion und Außenhandel von Schwellen

	1952	1953	1954	1955	1956
			1 000 Stück		
Produktion	1 005	1 186	798	1 083	1 170
Import	—	—	—	490	178
Export	223	32	3	—	7

Q: Jahresberichte des Fachverbandes der Sägeindustrie.

### Schwellenbedarf der Bundesbahnen

Die ÖBB haben auf ihren 10 600 Gleis-km rund 15 Mill. Holzschwellen verlegt. Stahlbetonschwellen werden erst seit einigen Jahren verwendet, und zwar 50 000 bis 70 000 Stück pro Jahr. Obwohl die Stahl-

<sup>1)</sup> In Österreich gibt es derzeit 13 Privatbahnen mit einer Streckenlänge von insgesamt 700 km.

<sup>2)</sup> Die Länge der Industrie- und Schlepplgleise beträgt 850 km.

<sup>3)</sup> Auf 1 m<sup>3</sup> entfallen ungefähr 10 Normalschwellen.

betonschwellen manche Vorteile bieten — unter anderem können die Schienen durchgehend verschweißt werden —, ist ihre Verwendung wegen hoher Einbaukosten und technischer Schwierigkeiten beim Auswechseln eng begrenzt. Auch Stahlschwellen werden mitunter verwendet, sie dienen jedoch nur Spezialzwecken<sup>4)</sup>.

Von 1926 bis 1937 haben die ÖBB im Durchschnitt 80 000 m<sup>3</sup> oder 814 000 Gleisschwellen pro Jahr verlegt. Dafür wurden 173 000 fm Schwellen-Rundholz benötigt. In den ersten Nachkriegsjahren war der Schwellenverbrauch weitaus geringer, da die erforderlichen Mengen nicht aufgebracht wurden. Von 1947 bis 1951 schwankte der Verbrauch zwischen 28 000 und 56 000 m<sup>3</sup>, ausgenommen das Jahr 1949, als er infolge einer erhöhten inländischen Lieferung und dank ERP-Bezügen auf fast 140 000 m<sup>3</sup> stieg. Von 1952 bis 1955 war der Schwellenverbrauch jedoch wieder so hoch wie vor dem Kriege.

Das Oberbau-Programm der ÖBB sieht vor, daß von 1956 bis 1960 die normale Schwellen-Erneuerungsquote von 5% (750 000 Stück) eingehalten wird. Außerdem sollen noch jene Schäden behoben werden, die durch Verwendung minder geeigneter Materials<sup>5)</sup> und mangelhafte Arbeit während der Kriegs- und Nachkriegszeit entstanden sind<sup>6)</sup>. Allein dieser Nachholbedarf beläuft sich auf 500 000 Schwellen jährlich. Der gesamte Schwellenbedarf der ÖBB beträgt diesem Programm zufolge 1 2 bis 1 3 Mill. Stück pro Jahr.

Diese Quote wurde aber nur in den Jahren 1955 und 1956 — vor allem dank erhöhten Importen — erreicht. Im Jahre 1957 haben die ÖBB infolge einschneidender Budgetkürzungen nur 350 000 Schwellen bestellt. Für 1958 ist ein Ankauf von 750 000 Schwellen vorgesehen. Die Erfüllung des Nachholprogrammes wird sich demnach verzögern. Die Drosselung des Schwellenverbrauches hat die Schwellenerzeuger veranlaßt, Forderungen nach verstärkter Freigabe von Schwellen für den Export zu stellen. Insbesondere will man Lärchenschwellen im Ausland absetzen, da der Bedarf im Inland laufend zurückgeht und der Absatz von Lärchenholz stagniert.

Vor dem ersten Weltkrieg hat man in der österreichisch-ungarischen Monarchie fast nur Hartholzschwellen aus slawonischer Eiche und rumänischer

<sup>4)</sup> Stahlschwellen baut man in jenen Bahnhöfen ein, wo brennbare Materialien verladen werden.

<sup>5)</sup> Während des Krieges wurden die Schwellen schlecht imprägniert bzw. nur mit Salzsäure behandelt; ihre Liegezeit beträgt nur 10 Jahre.

<sup>6)</sup> Im Gleisnetz der Bundesbahnen gibt es derzeit rund 600 Langsamfahrstellen mit 1 000 Strecken-km.

## Absatz von Schwellen an die ÖBB

	1952	1953	1954	1955	1956	1957
			1.000 Stück			
Schwellenbestellung <sup>1)</sup>	990	990	720	1.300	1.300	350
Schwellenlieferung insgesamt	652	1.024	632	1.356	1.252	
durch die Interessengemeinschaft <sup>2)</sup>	566	900	552	823	900	
durch andere Firmen	86	124	80	64	192	
Import <sup>3)</sup>	—	—	—	469	160	

<sup>1)</sup> „Holzkurier“ XII Jg Nr 34 — <sup>2)</sup> Jahresberichte des Fachverbandes der Sägeindustrie

Buche verlegt. Der Verlust der Ursprungsgebiete erzwang in der Folgezeit eine stärkere Verwendung von Weichholzschnellen aus Lärchen und Kiefern. Außerdem waren Weichholzschnellen damals sehr billig. Der Jahresverbrauch von 1926 bis 1937 setzte sich durchschnittlich aus 622.000 Lärchen-, 23.000 Kiefern-, 54.000 Buchen- und 115.000 Eichenschnellen zusammen, das sind 79% Weichholz- und 21% Hartholzschnellen. Im Jahre 1951 waren es 60% Weichholz- und 40% Hartholzschnellen. Seither verringerte sich jedoch der Anteil von Lärchen- und Kiefern-schnellen. Im Jahre 1956 bezogen die ÖBB nur noch 43% Weichholzschnellen (Lärchen 39%, Kiefer 4%) und 57% Hartholzschnellen (Buche 46%, Eiche 11%).

## Schwellenabsatz nach Holzarten

	1952	1953	1954	1955	1956
			1.000 Stück		
Lärche	284 0	438 4	204 7	336 0	340 9
Kiefer	44 0	75 9	38 7	40 0	36 5
Buche	171 0	310 1	279 7	344 0	402 5
Eiche	52 0	75 2	28 5	80 0	98 1

Q: Jahresberichte des Fachverbandes der Sägeindustrie (Lieferungen der Interessengemeinschaft österreichischer Schnellenlieferanten an die ÖBB)

## Verdrängung der Lärchenschwelle

Die ÖBB ziehen Hartholzschnellen den Weichholzschnellen vor, weil sie bessere technologische Eigenschaften besitzen und der steigende Achsdruck (auf der Westbahn z. B. 22 t) und die größere Fahrgeschwindigkeit erhöhte Ansprüche an das Oberbaumaterial stellen, insbesondere hinsichtlich Druckfestigkeit und Spurnhaltung. Die Lärchenschwelle kann, nach Auskunft der ÖBB, überhaupt nur auf geraden Streckenabschnitten und in flachen Bögen verlegt werden. Am ehesten eignen sich noch Schnellen der langsam wachsenden Hochgebirgslärche; das Holz der Wiesenlärche ist für diese Zwecke unbrauchbar. Für die Eisenbahnschwelle ist ferner die Imprä-

nierbarkeit des Holzes wichtig, da die Wirtschaftlichkeit des Materials von der Liegedauer bzw. den Kosten pro Jahr abhängt. Während sich Buchenschnellen leicht imprägnieren lassen, war es bis jetzt nicht möglich, mehr als 10% der erzeugten Lärchenschnellen mit Erfolg zu imprägnieren, da der Anteil des Kernholzes zu groß und der des Splintholzes zu gering ist. Neuere Methoden, die das Eindringen von wasserlöslichen, jedoch nicht auswaschbaren anorganischen Salzen in den Kern ermöglichen, sowie die Anwendung des Silberschutzverfahrens sind noch nicht in größerem Ausmaß erprobt.

Buchenschnellen haben in Österreich eine durchschnittliche Liegedauer von 30 Jahren, Lärchenschnellen jedoch nur von 20 Jahren. Außerdem verursachen Lärchenschnellen wegen ihrer geringeren Druckfestigkeit höhere Wartungskosten<sup>2)</sup>. Ein anderer Grund für die Verdrängung der Lärchenschwelle ist das relativ ungünstige Preisverhältnis zur Hartholzschwelle: während im Jahre 1937 Rohschnellen von Lärche um 47% billiger waren als jene von Buche, waren Lärchenschnellen in den letzten Jahren durchschnittlich um 20% teurer als Buchenschnellen<sup>3)</sup>. Ist das Nachholprogramm erfüllt, wird der jährliche Schnellenbedarf der ÖBB 700.000 bis 750.000 Stück und der der übrigen Bedarfsträger 150.000 Stück betragen. Die maximale Jahreserzeugung beträgt 450.000 Buchenschnellen, 120.000 Eichenschnellen und rund 30.000 Kieferschnellen. Nimmt man an, daß jährlich 70.000 Stahlbetonschnellen verlegt werden, so ergibt sich für Lärchenschnellen eine Restquote von 180.000 bis 230.000 Stück.

Bisher bildete die Erzeugung von Lärchenschnellen für viele Bergbauern eine Existenzgrundlage. Die mit Lärchen bestockte Fläche betrug laut Österreichischer Forst- und Jagdstatistik 1935 durchschnittlich 67%, in der Steiermark jedoch 103% und in Kärnten 106% der gesamten Waldfläche. In der Steiermark ist die Lärche hauptsächlich in den Verwaltungsbezirken Bruck a. d. Mur, Judenburg, Liezen, Leoben und Murau, in Kärnten in St. Veit an der Glan, Spittal a. d. Drau und Wolfsberg verbreitet. Wenn die ÖBB nach 1960 den Verbrauch von Lärchenschnellen stärker einschränken und andere Absatzmöglichkeiten für Lärchenholz nicht gefunden werden, wird sich die Lage dieser Bergbauernbetriebe verschlechtern. Die Vertreter der

<sup>1)</sup> Nur Großbritannien und die skandinavischen Länder verlegen vorwiegend Kieferschnellen, teils frachtgünstiger Importe wegen (Seekiefer-Schnellen aus Frankreich), teils auf Grund von heimischen Vorkommen. In der Bundesrepublik Deutschland werden überwiegend Buchenschnellen, in den übrigen europäischen Staaten Eichenschnellen verwendet.

<sup>2)</sup> Lärchenschnellen müssen öfter umgenagelt werden, da sie die Spur schlecht halten.

<sup>3)</sup> Für 1958 wurden zwischen den ÖBB und der Interessengemeinschaft folgende Schnellenpreise (Form 1) vereinbart: Buche 89 S, Eiche 110 S, Lärche 100 S

Holzwirtschaft sind bestrebt, andere Verwendungsmöglichkeiten für Lärchenholz zu finden oder Lärchenschwellen im Ausland abzusetzen. Die Bemühungen um Auslandsmärkte waren bisher allerdings gering.

Lärchenholz würde sich insbesondere für Riemen- oder Schiffböden, für Frühbeetfenster und für Bottiche in der chemischen Industrie eignen. Gute Absatzmöglichkeiten fände Lärchenholz vor allem am Wiener Markt, da es in der näheren Umgebung der Stadt keine Lärchenbestände gibt. Als Absatzländer für den Export kämen vor allem die Staaten des Vorderen Orients in Frage. Dort ist eine Imprägnierung wegen der trockenen Witterung nicht notwendig. Überdies ist die Lärchenschwelle durch ihren hohen Harzgehalt sehr termitenbeständig.

## Energiewirtschaft

Dazu Statistische Übersichten 4.1 bis 4.6

Die Energieversorgung der österreichischen Wirtschaft war auch im Oktober zufriedenstellend, in einigen Bereichen der Energiewirtschaft kündigen sich jedoch die im Winter üblichen Schwierigkeiten an.

Im Oktober wurden der Wirtschaft 738 500 t Kohle (SKB) zugeführt, um 2% mehr als im Oktober des Vorjahres. Davon stammten 40% aus dem Inland und 60% aus dem Ausland. Die bessere Kohlenversorgung ist auf höhere Importe von Braunkohle und Braunkohlenbriketts (+42%) sowie Koks (+55%), aber auch auf verstärkte Anlieferungen von inländischer Braunkohle zurückzuführen. Die Einfuhr von Steinkohle ist gegenüber dem Oktober des Vorjahres um 5% zurückgegangen. Besonders die Einfuhr aus der Bundesrepublik Deutschland, dem Saargebiet und aus Polen nahm ab (30%), hingegen wurden aus den USA und der ČSR um 22% und 276% mehr Steinkohle bezogen.

Wegen des geringen Wasserdargebotes mußten die kalorischen Kraftwerke mehr Strom erzeugen. Sie verbrauchten gegenüber dem Oktober des Vorjahres um ein Viertel mehr Kohle. Zum Teil bauten sie die eigenen großen Lager ab, daneben bezogen sie mehr Braunkohle von den heimischen Gruben (5%), die dadurch erstmals seit April ihre überhöhten Lager verringern konnten. Auch der Hausbrand bezog der Jahreszeit entsprechend um 17% mehr Kohle (SKB) als im Vormonat.

Die heimischen Braunkohlengruben förderten ungefähr gleich viel wie im Oktober 1956.

Die Kohlenknappheit in Europa hat sich in den letzten Wochen und Monaten stark gemildert. Einer leicht sinkenden Nachfrage steht gegenwärtig infolge reichlicher Importe amerikanischer Kohle und größe-

rer Exporte europäischer Produzenten, vor allem Polens, ein höheres Angebot gegenüber. Die Entspannung dürfte aber nur kurzfristig sein. Im „long run“ ist zu erwarten, daß sich die europäische Kohlenlücke vergrößert und in verstärktem Maße durch überseeische Importe gedeckt werden muß, außer, die Konjunktur würde empfindlich gedämpft werden.

Die Stromproduktion war im Oktober um 6% größer als im Oktober des Vorjahres. Die Mehrerzeugung erfolgte ausschließlich in Dampfkraftwerken. Die Wasserkraftwerke produzierten nur ebensoviel Strom wie im Vorjahr, obwohl seit Oktober 1956 einige neue Wasserkraftwerke in Betrieb genommen wurden. Es wird von der Witterung abhängen, ob die „Winterlücke“ die Stromversorgung der österreichischen Wirtschaft in den Wintermonaten beeinträchtigen wird. Der österreichische Stromexport überwog im Oktober zwar noch den Import, doch war der Überschuß geringer als im Oktober des Vorjahres (5%).

Auch der Stromverbrauch stieg im Oktober um 7%. Industrie und Tarifabnehmer bezogen um 5% und 8% mehr Strom als im Vorjahr und waren mit 66% am Mehrverbrauch beteiligt.

Im Donaukraftwerk Ybbs-Persenbeug wurde der Probetrieb des zweiten Generators mit einer derzeitigen Leistung von 23 MW aufgenommen.

Die fällige Neufestsetzung der Stromtarife ist nicht vor dem Frühjahr zu erwarten.

Die inländische Erdölgewinnung war im Oktober um 10% niedriger, die Produktion von Erdgas hingegen um 7% höher als im Vorjahr. Der Absatz von Benzin und Dieselöl erhöhte sich gegenüber dem Oktober des Vorjahres um 18% und 14%. Die inländische Heizölproduktion ging im Oktober zurück. Daher sank auch der Heizölabsatz um 9%, da die meisten Verbraucher das teure Importheizöl nicht kaufen. Sofern sich nicht viele Heizölverbraucher auf Kohlenfeuerung umstellen, werden ebenso wie in den vergangenen Jahren Schwierigkeiten auftreten. Der Erdgasabsatz erhöhte sich im Oktober gegenüber Oktober 1956 um 3%. In den kommenden Monaten, wenn die Abnehmer die nötigen technischen Vorbereitungen zum Anschluß an die Leitungen und zur Verwertung des Erdgases beendet haben werden, ist eine sprunghafte Zunahme des Absatzes zu erwarten.

Die Bundesregierung hat gemäß dem Wiener Memorandum vom 10. Mai 1955 beschlossen, die Anteilsrechte an der Raffinerie Lobau und an der Ölleitung Zistersdorf-Lobau, die vor der Besetzung Österreichs im Eigentum der anglo-amerikanischen Ölgesellschaften standen, wieder zurückzustellen. Die Rückstellungsverträge bedürfen aber noch der Zu-

stimmung des Hauptausschusses des Nationalrates. Wenn diese Rückstellungsverträge wirksam werden, wird gleichzeitig der ÖMV eine Konzession in dem erdölhöffigen Gebiet um Laa an der Thaya eingeräumt. Es wäre aber verfrüht, schon jetzt allzu große Zukunftserwartungen in die Erschließung dieses Gebietes zu setzen.

## Industrieproduktion

Dazu Statistische Übersichten 51 bis 529

Die Herbstsaison der Industrieproduktion entwickelt sich ähnlich wie im Vorjahr. Die Zuwachsrate gegenüber dem Vorjahr, die im I Quartal 4 3% und im II Quartal 6 4% betrug, stabilisierte sich im III. Quartal bei 5 5% und dürfte nach den bisher vorliegenden Ergebnissen auch im IV. Quartal nicht mehr überboten werden. Der Konjunkturtest des Institutes meldet zwar für Oktober und November in fast allen Sparten, außer in der Gießereiindustrie, der Sägeindustrie und den Holzverarbeitenden Zweigen, eine höhere Produktion als im Vorjahr. Die Zahl der Firmen, die einen schwächeren Geschäftsgang melden, ist aber größer als in den Frühjahrs- und Sommermonaten. Eindeutig expansiv entwickeln sich nur die Maschinenindustrie (als einzige unter den Investitionsgüterindustrien) und fast alle traditionellen Konsumgüterindustrien.

Die verhältnismäßig stabile Lage der Industrieproduktion spiegelt sich auch in den Auftragsbeständen und Lagerbewegungen. Die vierteljährlichen Sondererhebungen des Konjunkturtestes (jeweils am Quartalsende) ergaben, daß sich die gesamten Auftragsbestände der Industrie seit Jahresbeginn kaum verändert haben. Auch die Lagerbewegungen halten sich im Durchschnitt in engen Grenzen. In den einzelnen Zweigen entwickelten sich Aufträge und Lager allerdings nicht einheitlich. So melden z. B. die wichtigsten Investitionsgüterindustrien und einige Konsumgüterindustrien vom I. Quartal bis zum III. Quartal teilweise eine stärkere Zunahme der Auftragsbestände. Zurückgegangen sind die Auftragsbestände vor allem in der Sägeindustrie, in Teilen der Holzverarbeitenden Industrie, in der Fahrzeugindustrie (teilweise saisonbedingt), in der chemischen Industrie und in einigen Sparten der Eisenwaren- und Metallwarenindustrie.

Die Lagerveränderungen entsprachen in fast allen Zweigen den Markterwartungen der Unternehmer. Nur in einzelnen Zweigen werden die Lager teilweise als zu klein (Holzverarbeitende, Lederverarbeitende, Bekleidungsindustrie und Fahrzeugindustrie) oder zu groß (Textilindustrie) empfunden.

## Auftragsbestände und Lagerbewegung in der Industrie

Zweig	Auftragsbestände in % einer Monatsproduktion			Lagerbestände in % einer Monatsproduktion		
	I	II	III, Quartal 1957 <sup>1)</sup>	I	II	III
Verarbeitende Industrie insgesamt	240	250	240	120	123	119
Investitionsgüter	310	330	330	145	116	112
Konsumgüter	200	200	190	106	126	122
Sägeindustrie	200	120	150	142	127	151
Holzverarbeitende Industrie	150	160	130	142	98	107
Gießereiindustrie	190	250	230	105	72	64
Maschinenindustrie	490	630	570	166	167	146
Fahrzeugindustrie	340	250	240	111	32	42
Eisenwarenindustrie	180	180	190	113	116	110
Elektroindustrie	230	260	330	145	185	172
Chemische Industrie	120	130	100	130	141	105
Ledererzeugende Industrie	80	100	100	175	154	176
Lederverarbeitende Industrie	170	190	240	67	77	56
Textilindustrie	410	360	320	124	168	162
Bekleidungsindustrie	160	210	160	91	90	94

<sup>1)</sup> Quartalsende.

Die Entwicklung der Produktion in den ersten drei Quartalen zeigt deutlich, daß sich die Auftriebskräfte im Laufe des Jahres allmählich verlagert haben. So sind die überdurchschnittlich hohen Zuwachsraten des Bergbaues, der eisenschaffenden Industrie, der Metallhütten und der Baustoffindustrie allmählich zurückgegangen, während sie in den Gießereien, der Maschinen-, der Elektroindustrie und der chemischen Industrie stiegen. In den Konsumgüterindustrien blieben sie verhältnismäßig stabil.

## Veränderung der Industrieproduktion gegenüber dem Vorjahr

Zweig	Veränderung der Produktion gegenüber dem gleichen Vorjahresquartal in %		
	I	II	III, Quartal 1957
Industrie insgesamt	+ 4 3	+ 6 4	+ 5 5
Bergbau	+ 9 5	+ 3 1	+ 3 0
Magnesitindustrie	+ 9 7	+ 10 6	+ 8 1
Eisenschaffende Industrie	+ 24 3	+ 18 9	+ 8 3
Metallhütten	+ 13 1	+ 5 0	+ 4 3
Gießereiindustrie	- 0 3	+ 1 2	+ 7 1
Fahrzeugindustrie	- 49 4	- 19 7	- 13 4
Maschinenindustrie	+ 5 4	+ 13 9	+ 10 9
Elektroindustrie	- 1 3	+ 3 2	+ 4 8
Baustoffindustrie	+ 27 7	+ 10 6	- 0 6
Chemische Industrie	+ 5 8	+ 6 8	+ 15 9
Papierindustrie	+ 8 4	+ 2 4	+ 5 3
Leder- und Schuhindustrie	+ 4 0	+ 6 1	+ 9 7
Textilindustrie	+ 6 4	+ 5 1	+ 8 1
Nahrungsmittelindustrie	+ 5 4	+ 4 1	+ 0 3
Tabakindustrie	+ 4 8	+ 3 2	+ 11 7

Trotz verschiedenen Anzeichen einer Dämpfung der internationalen Konjunktur sind die vom Export ausgehenden Impulse weiter stark wirksam. Die Exportquote der Industrieproduktion (Exporte in Prozent der Produktion) blieb seit dem Frühjahr unverändert hoch, sie betrug im II und III Quartal 32 3% und 32 8% und im September 32 9%. Aus den Konjunkturtestmeldungen für Oktober und November kann man nur vereinzelt leicht sinkende Exportorders entnehmen, die aber wahrscheinlich eher sai-

sonbedingt sind. (Die Grundstoffindustrien sind im Konjunkturtest des Institutes nicht enthalten.)

Die Expansion der Produktion wird seit Jahresbeginn überwiegend durch höhere Produktivität (Produktion je Beschäftigten) ermöglicht. Der Produktivitätszuwachs gegenüber dem Vorjahr betrug in den ersten drei Quartalen 3,6%, 6,0% und 5,0%. Er hängt in den einzelnen Sparten eng mit der Entwicklung der Produktion zusammen und ist dort am größten, wo die Produktion am stärksten ausgeweitet werden konnte, weil die Ergebnisse von Rationalisierungsinvestitionen von den Unternehmungen in der Regel nur dann realisiert werden, wenn die Produktion gesteigert werden kann.

Die *Bergbauproduktion* (ohne Erdölbergbau) entwickelte sich im Oktober saisongemäß und war (arbeitsmäßig) um 5% höher als im Vorjahr. Die Eisenerzförderung erreichte mit fast 323.000 t (205% von 1937) einen Höchststand. Der Kohlenbergbau ist voll ausgelastet und förderte etwa gleich viel wie im Oktober 1956. Einige kleinere Bergbauzweige konnten z. T. mehr produzieren als im Vorjahr (Kaolin, Talkum), andere sind schwächer beschäftigt (Graphit, Bauxit).

Die Forschungs- und Aufschließungsarbeiten in den übrigen ölhöffigen Gebieten Österreichs gehen nur langsam vorwärts. Nennenswerte Erfolge, die eine Eindämmung des seit zwei Jahren anhaltenden Förderrückganges oder sogar eine neuerliche Steigerung der Ölproduktion in der Zukunft erwarten ließen, blieben bisher aus.

Die *eisenschaffende Industrie* produzierte im September und Oktober durchschnittlich um 13% mehr als im Vorjahr. Die Stahl- und Walzwerke sind voll ausgelastet. Trotz der anhaltenden Schwäche auf dem internationalen Eisen- und Stahlmarkt kann die heimische Industrie ihre hohe Exportquote aufrechterhalten. Die im Export erzielbaren Erlöse gehen allerdings fühlbar zurück.

Die Inlandsnachfrage nach Kommerzeisen blieb in den letzten Monaten trotz der Belebung in wichtigen weiterverarbeitenden Zweigen stabil. Es wird laufend mehr Ware von den Erzeugerwerken ausgeliefert, als gleichzeitig neu bestellt wird. Seit Anfang des Jahres (bis Anfang November) sind die Auftragsbestände von Inlandskunden um 9% zurückgegangen. Der Auftragsstock ist aber noch immer sehr hoch und entspricht im Durchschnitt den Bestellungen von 8 Monaten.

Die Produktion der *Metallhütten* erreicht nur mehr knapp den Vorjahresstand. Die Aluminiumerzeugung ist höher als im Vorjahr, während die Blei- und Kupferproduktion empfindlich eingeschränkt

wurde. Da vor allem die Kupfererzeugung mit den gegenwärtigen Weltmarktpreisen bei weitem nicht mehr konkurrieren kann, beabsichtigt man, die Produktion durch eine Umlage auf heimische und importierte Bergbauprodukte (außer Erdöl) zu subventionieren. Es läßt sich gegenwärtig nicht beurteilen, ob die Preise auf dem internationalen Buntmetallmarkt in absehbarer Zeit wieder ein so hohes Niveau erreichen werden, daß die Subvention der heimischen Kupferproduktion wieder abgebaut werden kann. Sollten die Konkurrenzschwierigkeiten auch auf andere Bereiche der Metallindustrie oder auf weitere Zweige übergreifen, wird man kaum zu ähnlichen Subventionierungsmaßnahmen greifen können, ohne die Konkurrenzbedingungen in der Industrie zu verzerren.

In der *Gießereiindustrie* liegt die Produktion nur wenig höher als im Vorjahr. Der Produktionszuwachs entfällt fast ausschließlich auf die Graugießereien, und zwar vor allem auf Schwerkugeln (Walzen, Kokillen, Rohre), während die Produktion von Maschinenguß und anderem Grauguß leicht rückläufig ist. Ebenso geht die Produktion von Stahlguß zurück, während die Tempergießereien verhältnismäßig gut ausgelastet sind und die Erzeugung auf dem Vorjahresstand halten können. Die Schwermetallgießereien sind schlecht beschäftigt, weil ihr Absatz durch steigende Verwendung von Kunststoffen stark beeinträchtigt wird.

In der *Fahrzeugindustrie* verläuft die Entwicklung uneinheitlich. Die Erzeugung von Motorfahrrädern (Mopeds) konnte bis zum Spätherbst, dank reichlicher Inlandsnachfrage, weit über dem Vorjahresstand gehalten werden. Noch im September konnten heuer fast 13.000 Stück erzeugt werden gegen 8.600 im Vorjahr. Auch die Fahrradindustrie ist weit besser beschäftigt als im Vorjahr. Die Motorradindustrie (einschließlich Motorroller) stagniert und produziert kaum halb so viel wie zur Zeit der Hochkonjunktur im Jahre 1955. Die Traktorenerzeugung, die sich in den Sommermonaten scheinbar wieder stabilisiert hatte, geht seit August stark zurück und war im September um 44% niedriger als im September 1956.

Überraschend gut entwickelt sich hingegen seit der gleichen Zeit die Erzeugung von Lastkraftwagen. Im September übertraf sie den Vorjahresstand um 52%. Die Erzeugung des neuen Kleinwagens Puch 500 lief erst im Oktober stärker an. Außer der starken Konkurrenz der liberalisierten deutschen Fahrzeuge wird vor allem die ungünstige Jahreszeit die Nachfrage beeinträchtigen.

In der *Maschinenindustrie* setzte die Herbstsaison im September schwächer als erwartet ein. Die

arbeitstägige Produktion übertraf die des Vorjahres um 3%. Anscheinend werden sich die an die Wiedereinführung der Bewertungsfreiheit geknüpften Erwartungen auf eine besonders kräftige Konjunktur in den letzten Monaten des Jahres nicht ganz erfüllen. Ein großer Teil der zusätzlichen Investitionsgüternachfrage wird wahrscheinlich durch Importe gedeckt werden. Insbesondere kleinere Investitionen, die von kleineren und mittleren Betrieben erst in den letzten Monaten des Jahres beschlossen werden, wenn die Ertragslage einigermaßen überblickt werden kann, dürften in erster Linie durch Importgüter gedeckt werden. Vor allem in Handelsbetrieben, deren Investitionsmöglichkeiten begrenzt sind, konzentriert sich die Nachfrage auf Maschinen, die im Inlande nicht erzeugt werden, wie z. B. Schreib- und Rechenmaschinen, Buchungsmaschinen und andere Büromaschinen. Auch die liberalere Handhabung der Importbewilligungen und Zollstundungen — erst kürzlich wurde die Liste der zollfrei (gestundet) einzuführenden Maschinen stark erweitert — regt die Importnachfrage an.

Die *Elektroindustrie* hat sich seit der Belebung der Nachfrage aus dem öffentlichen Sektor merklich erholt. Im Durchschnitt des III. Quartals produzierte sie bereits um 5% mehr als im Vorjahr, während die Erzeugung zu Jahresbeginn rückläufig war. Auch auf dem Konsumgütersektor der Elektroindustrie ist die Nachfrage nach inländischen Erzeugnissen, trotz der starken Importkonkurrenz, überraschend hoch. Die Erzeugung von Kühlschränken, Elektroherden und Elektrospeichern, Beleuchtungskörpern, Staubsaugern und Radioapparaten ist höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Auch die Nachfrage nach Fernsehgeräten hat gegen Jahresende sehr stark zugenommen, so daß nicht alle Bestellwünsche prompt erfüllt werden konnten. Da Fernsehgeräte nicht liberalisiert sind, wird sich der Markt wahrscheinlich erst nach Weihnachten entspannen.

In der *holzverarbeitenden* Industrie ist die Entwicklung nicht einheitlich. Die Nachfrage nach Waren für die Bauwirtschaft, vor allem Fenster und Türen, war in den letzten Monaten schwächer als im Vorjahr, ebenso der Absatz von Schwellen. Auch in der Furnierindustrie und bei der Erzeugung von Paneelplatten traten Marktstörungen auf und beeinträchtigten die Produktion. Die Möbelindustrie ist dagegen besser beschäftigt als im Vorjahr.

Die *lederverarbeitende* Industrie erwartet eine gute Herbstsaison. Die Schuherzeugung (Lederschuhe) lag im September um 15% höher als im Vorjahr. Die übrigen Zweige der lederverarbeitenden Industrie sind mit Bestellungen reichlich versorgt und haben

den Meldungen des Konjunkturtestes zufolge nicht nur die Produktion ausgeweitet, sondern auch ihre Vorräte stark gelichtet.

Die *Textilproduktion* war im September, ähnlich wie in den Vormonaten, um 9% höher als im Vorjahr. Der Zuwachs in den ersten drei Quartalen betrug knapp 7%. Dieses günstige Ergebnis darf man aber nicht überschätzen, weil es nur der besonders günstigen Entwicklung des Exportes einiger weniger Zweige zu danken ist, wie vor allem der Baumwollindustrie, der Strick- und Wirkwarenindustrie und nicht zuletzt der Strickereiindustrie. Andere wichtige Zweige der Textilindustrie, vor allem die Wollindustrie und die Seidenindustrie, können sich trotz Zollschutz nur schwer gegen die Importkonkurrenz behaupten und die Erzeugung nur mühsam auf dem bisherigen Niveau halten. Der Nachfragezuwachs auf dem inländischen Textilmarkt wird überwiegend durch importierte Textilien gedeckt.

Die *Nahrungs- und Genußmittelindustrie* produzierte in fast allen Sparten mehr als im Vorjahr. Ihr Gesamtindex war im September niedriger, weil die Zuckerkampagne später begann als im Jahre 1956.

### Einzelhandelsumsätze und Verbrauch

*Dazu Statistische Übersichten 6.1 bis 6.6*

Wie im September war die Nachfrage im Einzelhandel auch im *Oktober* relativ schwach. Obwohl der Geschäftsgang im September beträchtlich hinter den Saisonserwartungen zurückgeblieben war und der Oktober heuer im Gegensatz zu den meisten Vorjahren zwei Verkaufstage mehr hatte als der September, nahmen die Umsätze nur saisonüblich zu (+13%). Je Verkaufstag sind sie bloß um 5% gestiegen, gegen 8% bis 14% in den Vorjahren. Die Umsätze des Vorjahres wurden nur noch um 3% (mengenmäßig um etwa 1%) übertroffen, gegen 6% (2%) im September und 9% (7%) in der Zeit von Jänner bis August. Allerdings war der Geschäftsgang im Oktober 1956 über-saisonmäßig lebhaft gewesen.

Die verhältnismäßig schwache Nachfrage im Oktober hängt vor allem mit dem außergewöhnlich schönen und milden Wetter zusammen, das viele Konsumenten veranlaßte, Einkäufe für den Winter (insbesondere von Bekleidung und Öfen) hinauszuschieben. Zweifellos hat aber auch die Grippewelle den Geschäftsgang des Einzelhandels etwas beeinträchtigt, teils weil die Arbeiter Lohnausfälle hatten, teils weil die Erkrankungen geplante Käufe verhinderten. Der Umfang dieser Ausfälle darf jedoch nicht überschätzt werden. Nach Beobachtungen der Gesundheitsbehörden und der Krankenkassen waren in Österreich rund 25% der Bevölkerung grippekrank,

darunter etwa 550 000 Erwerbstätige. Der Einkommensausfall der Arbeiter kann jedoch auf höchstens<sup>1)</sup> 130 bis 140 Mill. S geschätzt werden, das sind annähernd 6% einer durchschnittlichen Monatslohsumme, aber nur etwa 2 5% des monatlichen Masseneinkommens. Der Kaufkraftverlust im Oktober war noch etwas geringer, denn die Grippeerkrankungen erstreckten sich auch auf den Monat November

### Einzelhandelsumsätze nach Saisonabschnitten

	Werte	Mengen <sup>1)</sup>
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %	
1956 Jänner/Februar .....	+10·8	+10·9
März bis Mai .....	+ 6·3	+ 4·6
Juni bis August .....	+ 6·6	+ 5·9
September/Oktober .....	+ 6·1	+ 4·9
November/Dezember .....	+ 9·3	+ 6·7
1957 Jänner/Februar .....	+ 6·5	+ 4·3
März bis Mai .....	+ 9·2	+ 7·7
Juni bis August .....	+11·0	+ 8·9
September/Oktober .....	+ 4·4	+ 1·8

<sup>1)</sup> Schätzung Berechnet durch gruppenweise Ausschlagung der Preisveränderungen mit den verfügbaren Preisindizes

Da der schwache Beginn der Herbstsaison auch im Oktober nicht wettgemacht wurde, war das Ergebnis des *gesamten Herbstgeschäftes* viel ungünstiger als das der vorherigen Saisonabschnitte. In den Monaten September und Oktober zusammen waren die Mengenumsätze nur um 2% höher als im Vorjahr, gegen 4%, 8% und 9% in der Winter-, Frühjahrs- und Sommersaison. Auch im Vergleich zu 1955 ist die reale Zuwachsrate sprunghaft von 15% während des Sommergeschäftes auf 7% in der Herbstsaison zurückgegangen.

Das ungewöhnlich schöne Wetter und die Grippeerkrankungen haben im Oktober vor allem die Nachfrage nach *Bekleidung* beeinträchtigt. Obwohl der Absatz schon im Vormonat flau war, verkauften die Fachgeschäfte nur um 27% mehr Textilien und um 19% mehr Schuhe als im September, während saisongemäß Umsatzsteigerungen von 41% und 35% zu erwarten waren. Die Umsätze des Vorjahres wurden um 9% (Textilien) und 7% (Schuhe) unterschritten. Besonders schwach gingen Wäsche-, Wirk- und Strickwaren. Der Verkauf nahm nur um 17% zu, gegen 41% saisongemäß, und war um 8% geringer als im Vorjahr (in der Zeit von Jänner bis September um 7% höher). Auch in den Warenhäusern sind die Bekleidungsumsätze weniger gestiegen (+54%) als saisongemäß (+71%); sie waren erstmals seit März (Verschiebung des Ostergeschäftes) geringer als im Vorjahr (-7%).

<sup>1)</sup> Diese Schätzung geht von der Annahme aus, daß der Arbeitnehmer während der Krankheit nur das Krankengeld erhält. Tatsächlich sehen aber zahlreiche Kollektivverträge auch Leistungen der Arbeitgeber vor.

### Entwicklung der Einzelhandelsumsätze nach Branchen

Branchengruppe bzw. Branche <sup>1)</sup>	Oktober gegen September		1957 gegen 1956	
	1957	Ø 1954/1955	Oktober	September/Oktober
	Veränderungen in %			
Nahrungs- und Genußmittel .....	+14·3	+11·2	+ 9·5	+ 7·8
Tabakwaren .....	+ 5·5	- 1·3	+ 3·8	+ 3·5
Bekleidung .....	+28·8	+43·1	- 7·6	- 2·3
Textilien .....	+26·8	+41·5	- 8·9	- 3·5
Meterware .....	+20·8	+32·4	- 5·9	- 0·4
Oberbekleidung .....	+38·8	+56·7	- 9·0	- 3·6
Wäsche, Wirk- u. Strickwaren .....	+16·8	+41·0	- 7·7	- 1·9
Gemischtes Sortiment .....	+30·6	+37·5	-12·1	- 7·5
Schuhe .....	+19·0	+35·3	- 7·4	- 2·1
Wohnungseinrichtung u. Hausrat .....	+16·2	+13·2	- 0·1	+ 2·6
Möbel .....	+20·5	+11·4	- 1·8	- 4·1
Teppiche Möbel- u. Vorhangstoffe .....	+ 5·5	+10·8	- 8·2	- 0·1
Hausrat, Glas Porzellan .....	+ 0·5	+ 4·5	+ 4·8	+10·2
Elektrowaren .....	+23·7	+22·0	+ 1·7	+ 7·7
Sonstiges .....	-16·0	-15·0	+ 0·2	+ 4·9
Fahrzeuge .....	-33·0	-29·7	-16·2	+ 6·1
Photoartikel .....	-21·6	-19·2	- 9·2	- 6·0
Lederwaren .....	-21·7	-11·8	-15·3	- 9·7
Parfumerie- u. Drogeriewaren .....	+ 6·5	+ 4·2	+ 3·1	+ 1·5
Papierwaren .....	-25·2	-25·2	+10·2	+14·0
Bücher .....	-21·1	-24·0	+28·6	+20·6
Uhren und Schmuckwaren .....	-10·7	-12·0	- 3·3	- 1·0
Einzelhandel insgesamt .....	+13·1	+13·3	+ 3·1	+ 4·4
Dauerhafte Konsumgüter .....	+ 6·1	+ 2·9	- 0·2	+ 3·9
Nichtdauerhafte Konsumgüter .....	+14·3	+15·1	+ 3·7	+ 4·6

<sup>1)</sup> Aufgliederung nach Untergruppen nur für den Fachhandel

Etwas besser schnitten dagegen dauerhafte Konsumgüter ab. Die Umsätze von *Wohnungseinrichtung und Hausrat*, die in den Jahren 1954 und 1955 von September auf Oktober um durchschnittlich 13% gestiegen waren, nahmen um 16% zu. Da aber der Geschäftsgang im Oktober 1956 außergewöhnlich lebhaft war, wurden die Umsätze des Vorjahres wertmäßig nur knapp erreicht und mengenmäßig sogar etwas unterschritten. Teppiche, Möbel- und Vorhangstoffe wurden um 8% und Möbel um 2% weniger verkauft als im Vorjahr, Elektrowaren aber noch immer um 2% und Hausrat um 5% mehr. Auch die Umsätze von *Motorrädern, Fahrrädern und Fahrzeugzubehör* (-16%) sowie die von *Uhren und Schmuckwaren* (-3%) haben den Vorjahresstand nicht erreicht. Dagegen erzielte der Verkauf von *Büchern* mit 29% seine bisher höchste Zuwachsrate in diesem Jahr.

Relativ gut gingen *Nahrungs- und Genußmittel*. Die Umsätze, die in den vergangenen Jahren von September auf Oktober um durchschnittlich 11% gestiegen waren, nahmen um 14% zu. Sie waren mengenmäßig um 10% höher als im Vorjahr, gegen knapp 8% im Durchschnitt der Monate Jänner bis September. Dieses verhältnismäßig günstige Ergebnis ist zum Teil die Folge der Grippeperiode, die vor allem die Nachfrage nach alkoholischen Getränken, Obst und Südfrüchten (insbesondere Zitronen und Orangen) belebt hat. Das lange Wochenende (Freitag, den 1. bis Sonntag, den 3. November) hat außerdem be-

reits im Oktober zu Einkäufen für November geführt und den Bedarf gesteigert.

Aus dem gleichen Grund war auch der Verkauf von *Tabakwaren* übersaisonmäßig lebhaft. Während die Umsätze gewöhnlich von September auf Oktober leicht sinken, nahmen sie heuer um 5% zu. Sie waren ebenso wie im Durchschnitt der Vormonate um 4% höher als im Vorjahr.

Von den unter „Sonstiges“ zusammengefaßten kurzlebigen Konsumgütern erzielten nur *Papierwaren* (+10%) sowie *Parfumerie- und Drogeriewaren* (+3%) höhere Umsätze als im Vorjahr. Dagegen erfüllten sich in den *Photo- und Lederwarengeschäften*, die schon im Vormonat relativ schlecht abschnitten, die Saison Erwartungen nicht. Ihre Umsätze waren um 9% und 15% geringer als im Vorjahr.

Die Händler disponierten infolge des verhältnismäßig schwachen Absatzes im Oktober zum Teil vorsichtig, zumal sie im September ziemlich großzügig eingekauft hatten. Nach den Ergebnissen des Konjunkturtestes wurden zwar in den meisten Branchen überwiegend höhere *Wareneingänge* gemeldet als im Vormonat, der Anteil der Firmen, die weniger einkauften, war jedoch höher als im Vorjahr. Auch die *Bestellungen* waren zurückhaltend; von September auf Oktober haben relativ mehr Firmen ihre Aufträge eingeschränkt als im Vorjahr oder im Jahre 1955.

Abweichend von der Entwicklung der Einzelhandelsumsätze im September nahm das Brutto-Aufkommen an *Umsatzsteuer* im Oktober saisongemäß um 2% zu und war ebenso wie im Durchschnitt der Vormonate um 10% höher als im Vorjahr. Da sich die Rückvergütungen für Ausfuhrlieferungen von September auf Oktober nur wenig verändert haben, nahm auch der Netto-Ertrag um 2% zu (im Oktober 1956 ist er um 5% zurückgegangen) und war um 13% höher als im Vorjahr, gegen 7% im Durchschnitt der ersten neun Monate.

An *Verbrauchssteuern* gingen im Oktober 279 Mill. S ein, um 5% weniger als im Vormonat, aber um 8% mehr als im Vorjahr (in den ersten neun Monaten allerdings um 15% mehr). Dank der guten Weinernte hat sich der Ertrag der Weinsteuer gegenüber September mehr als verdoppelt (im Durchschnitt der Vorjahre ist er nur um etwa 50% gestiegen), auch die Mineralölsteuer brachte saisonbedingt um 5% mehr ein; dagegen sanken die Eingänge an Biersteuer übersaisonmäßig um 36% (im Vorjahr nur um 19%) und die an Tabaksteuer um 9%. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr entfällt vor allem auf die Wein-

(+72%) und Mineralölsteuer (+12%), während die Tabaksteuer nur um 5% mehr und die Biersteuer sogar um 14% weniger einbrachten.

### Arbeitslage

Dazu *Statistische Übersichten 7 1 bis 7 15*

Mildes Herbstwetter bis Ende November begünstigte den Arbeitsmarkt. Während im Vorjahr infolge frühzeitiger Kälte Außenarbeiten unterbrochen oder eingestellt werden mußten, war dies heuer nicht notwendig. Die Beschäftigung nahm vor allem deshalb im Oktober und November bedeutend weniger ab und die Arbeitslosigkeit bedeutend weniger zu als im Vorjahr. Das Stellenangebot der Arbeitsämter, das im Oktober das Vorjahresniveau erstmals seit Februar überschritten hatte, ging zwar im November etwas stärker zurück als im Jahre 1956, war aber doch neuerlich höher als im Vorjahr. Gewisse Schwierigkeiten auf den Weltmärkten, unter denen einzelne Betriebe zu leiden haben, wirkten sich bisher noch kaum auf den Arbeitsmarkt aus. Wie schon in den Vormonaten war die Entwicklung der Arbeitslage für Männer im Vergleich zum Vorjahr günstiger, nicht nur witterungsbedingt, sondern auch dank der noch immer anhaltenden Belegung in einzelnen Investitionsgüterindustrien. Die Entwicklung der Arbeitslage für Frauen war dagegen etwas ungünstiger.

### Der Arbeitsmarkt im Oktober und November

Jahr	Monat	Beschäftigte		Arbeitsuchende		Arbeitskräfteangebot	
		Veränderung gegenüber dem Vormonat	Stand zu Monatsende	Veränderung gegenüber dem Vormonat	Stand zu Monatsende	Veränderung gegenüber dem Vormonat	Stand zu Monatsende
in 1.000							
1951	X	+ 2 8	2 051 1	+ 3 9	72 1	+ 6 7	2 123 2
	XI	-19 4	2 031 7	+21 0	93 1	+ 1 6	2 124 8
1952	X	- 6 2	1 978 6	+11 2	127 5	+ 5 0	2 106 1
	XI	-47 9	1 930 7	+48 7	176 2	+ 0 8	2 106 6
1953	X	+ 2 8	1 992 5	+ 8 0	137 2	+10 8	2 129 6
	XI	-32 3	1 960 3	+33 4	170 6	+ 1 1	2 130 9
1954	X	+10 6	2 076 0	+ 3 4	95 1	+13 9	2 171 1
	XI	-15 2	2 060 8	+21 9	117 1	+ 6 8	2 177 9
1955	X	+ 2 4	2 150 5	+ 7 6	77 8	+ 9 9	2 228 3
	XI	- 9 0	2 141 6	+15 7	93 5	+ 6 8	2 235 1
1956	X	- 2 1	2 212 1	+ 8 1	75 3	+ 6 0	2 287 4
	XI	-24 9	2 187 2	+32 9	108 2	+ 8 0	2 295 4
1957	X	- 1 3	2 252 9	+ 5 3	69 8	+ 4 0	2 322 7
	XI	-14 1	2 238 8	+22 6	92 4	+ 8 5	2 331 2

<sup>1)</sup> Vorläufige Zahlen

Das *Arbeitskräfteangebot* erhöhte sich im Oktober um 4.000 (0 20/0) auf 2,322 700 und im November um 8 500 auf 2,331 200<sup>1)</sup>. Die Zunahme im Oktober war schwächer als in den letzten Jahren, im November dagegen etwas stärker. Ende Oktober waren 35.300 Arbeitskräfte (darunter nur 10.600 Männer),

<sup>1)</sup> Alle Zahlen für November 1957 sind vorläufig

Ende November 35 800 mehr verfügbar als vor einem Jahr (Ende September waren es 37 300 gewesen). Ende November dürfte, wie alljährlich, auch heuer der saisonbedingte Jahreshöchststand des Arbeitskräfteangebotes erreicht worden sein.

Dem Saisonrhythmus entsprechend war auch heuer die Zunahme des Arbeitskräfteangebotes im November größer als im Oktober und im Oktober größer als im September; in allen diesen Monaten aber viel geringer als im Juli und August. Im Gegensatz zu früheren Jahren nahm in den Jahren 1956 und 1957 die Zahl der verfügbaren Männer schon im September leicht ab, im Oktober begann sie aber wieder zu steigen und vermutlich hat sie auch noch im November zugenommen<sup>1)</sup>.

*Der Arbeitsmarkt für Männer und Frauen*

(Monatliche Veränderung)

Jahr, Monat	Beschäftigte	Männer Arbeit-suchende	Arbeitskräfte-angebot in 1 000	Beschäftigte	Frauen Arbeit-suchende	Arbeitskräfte-angebot
1951 IX	-0.7	-0.6	-1.3	+1.8	-1.8	+0.0
X	+0.9	+1.7	+2.6	+1.9	+2.2	+4.1
1952 IX	-2.9	+1.9	-0.9	+2.2	-1.4	+0.8
X	-8.6	+8.9	+0.3	+2.4	+2.3	+4.6
1953 IX	+3.0	-0.2	+2.8	+2.8	+0.2	+3.1
X	+0.1	+4.0	+4.0	+2.7	+4.1	+6.8
1954 IX	+8.7	-3.8	+4.9	+4.0	-2.9	+1.1
X	+5.4	+0.6	+6.0	+5.2	+2.7	+7.9
1955 IX	-0.3	+2.3	+1.9	+1.3	+2.5	+3.9
X	+1.3	+2.1	+3.3	+1.1	+5.5	+6.6
1956 IX	-0.7	+0.6	-0.1	+1.9	+1.3	+3.1
X	-1.4	+2.4	+1.1	-0.8	+5.7	+4.9
1957 IX	-1.8	+0.3	-1.5	+0.3	+2.4	+2.7
X	-0.2	+0.7	+0.5	-1.1	+4.5	+3.5

Die Zahl der *Beschäftigten* sank im Oktober um 1.300 (0.1%) auf 2,252 900, im November um 14.100 auf 2,238 800. Sie nahm also nicht nur im September sondern auch im Oktober ab, während sie von 1953 bis 1955 in beiden Monaten noch zugenommen hatte. Die Einberufungen zum Bundesheer, die seit dem Vorjahr regelmäßig im Oktober stattfinden, und die stärkere Saisonspitze im Fremdenverkehr haben vermutlich diese Veränderung im Saisonablauf verursacht.

Die Entlassungen im November waren im Vergleich zu den letzten Jahren besonders gering. Wohl waren sie höher als im witterungs- und konjunkturbegünstigten November des Jahres 1955, aber beträchtlich geringer als im Vorjahr und auch schwächer als im November der Konjunkturjahre 1954 und 1951.

Da die Zahl der Beschäftigten auch im Oktober weniger abgenommen hatte als im Vorjahr, stieg der

<sup>1)</sup> Eine Aufgliederung der Beschäftigten und daher auch des Arbeitskräfteangebotes nach Männern und Frauen liegt für November 1957 noch nicht vor.

Beschäftigungsvorsprung gegenüber 1956 von 39 900 Ende September auf 40.800 Ende Oktober und sprunghaft auf 51.600 Ende November; allerdings wurden Ende Oktober 1957 15.300 präsenzdienstpflichtige Soldaten den Beschäftigten zugezählt, Ende Oktober 1956 aber nur 4.700, um 10.600 weniger.

Die *Land- und Forstwirtschaft* stellte im Oktober 1.500 Arbeitskräfte frei, annähernd ebensoviel wie im Oktober 1956, und beschäftigte Ende Oktober 165 500 Arbeiter und 15.700 Angestellte, um 9.400 weniger bzw. 300 mehr als ein Jahr vorher.

In der *gewerblichen Wirtschaft* wurden im Oktober zwar 1.800 Arbeiter freigestellt (im Vorjahr 4 300), die zusätzliche Aufnahme von 3 100 Angestellten (im Vorjahr nur 2 600) machte aber diesen Rückgang mehr als wett. Während also die Zahl der Arbeitskräfte in der gewerblichen Wirtschaft im Oktober 1956 schon geringfügig, um 1 700, abgenommen hatte, stieg sie heuer noch um 1.300 auf 1,772 900; sie hat aber damit zweifellos den saisonbedingt höchsten Stand dieses Jahres erreicht, der um 45 000 oder 2.6% über dem des Vorjahres liegt. Die Beschäftigung der Angestellten allein, die im November und Dezember voraussichtlich noch zunehmen wird, war Ende Oktober mit 470.100 um 20.300 oder 4.5% höher als im Vorjahr, die der Arbeiter mit 1,302 800 um 24 600 oder 1.9%.

Die Zahl der Arbeitnehmer in *1.623 repräsentativen Betrieben*, die laut Statistik der Arbeiterkammer in Wien von Anfang Juli bis Anfang September relativ stark, um 3.7 Punkte oder 1.8%, gestiegen war (gegen nur 2.5 Punkte oder 1.2% in 1.678 Betrieben im gleichen Zeitraum des Jahres 1956), nahm von Anfang September bis Anfang Oktober nur noch geringfügig, um 0.7 Punkte (oder 0.3%) auf 215.7 (März 1934 = 100) zu. Im Vorjahr hatte die entsprechende Steigerung noch 1.7 Punkte betragen. Die Entwicklung verlief in 10 von insgesamt 15 Branchen ungünstiger. Ausgenommen davon waren nur die Eisen- und Metallindustrie, die Lederindustrie, die Textilindustrie, die Papierindustrie und der Handel.

In der *Gesamtindustrie* erhöhte sich die Beschäftigung im *September* um 3.600 (0.6%) auf 587.400. Die Zunahme war fast um die Hälfte geringer als im September 1956 (+6.800), obwohl damals bereits Schwierigkeiten in der Gießerei- und Fahrzeugindustrie zu konjunkturbedingten Entlassungen geführt hatten. Besonders stark (-900) waren heuer schon im September die saisonbedingten Entlassungen in der Steinindustrie, die trotz guter Baukonjunktur schon viel auf Lager arbeitete. Außerdem setzten die Erdölindustrie und die Papier- und Pappenerzeugung in geringem Umfang Arbeitskräfte

frei. Alle übrigen Industriezweige nahmen noch zusätzlich Arbeitnehmer auf. Vor allem die Konsumgüterindustrien, die Nahrungs- und Genußmittelindustrie und die chemische Industrie, in der die günstige Entwicklung der Beschäftigung nun schon viele Monate andauert. Relativ stark waren auch die Neueinstellungen in der papierverarbeitenden und ledererzeugenden Industrie, deren Beschäftigungsstand ausnahmsweise das Vorjahresniveau geringfügig überschritt. Schwächer als im Vorjahr waren sie hingegen in der Holzverarbeitung, der Lederverarbeitung und — wie schon seit einigen Monaten — auch in der Textil- und Bekleidungsindustrie. Das geringere Wachstum der Zahl der Arbeitnehmer in diesen Industrien dürfte unter anderem auch durch Arbeitskräftemangel verursacht sein.

Die verschiedenen Zweige der Eisen- und Metallverarbeitung nahmen hingegen insgesamt mehr Personal auf als im September 1956 (1 500 gegen 1 200 im Vorjahr). Vor allem entwickelte sich die Fahrzeugindustrie viel günstiger, weil sie im September 1956 1 200 Arbeiter und Angestellte entlassen hatte, während sie heuer vereinzelt noch Leute aufnahm. Ihre Belegschaft war daher erstmals wieder etwas größer als im Vorjahr. Eine ähnliche, wenn auch bei weitem nicht so ausgeprägte Entwicklung, nahm die Beschäftigung in der Gießereiindustrie; sie war gleichfalls Ende September etwas höher als im September 1956. Im Maschinen-, Stahl- und Eisenbau und in der Eisen- und Metallwarenindustrie nahm die Beschäftigung noch zu, aber nicht mehr ganz so stark wie im entsprechenden Vorjahresmonat. Im Oktober stieg die Zahl der Arbeitnehmer in der Gesamtindustrie weiter, und zwar — wohl nur ausnahmsweise — wieder stärker als im Vorjahr (um 4 300 auf 591 700); im Oktober 1956 hatte die Zunahme nur 3 200 betragen.

Die Zahl der *vorgemerkten Arbeitssuchenden* stieg im Oktober um 5 300 (8 20%) auf 69 800 und im November um 22 600 auf 92 400. Sie war — hauptsächlich infolge des milden Herbstes — Ende Oktober um 5 400, Mitte November bereits um 9 100 und Ende November um 15 800 niedriger als im Vorjahr. Sie war auch etwas geringer als Ende November 1951 und 1955. Die Rate der Arbeitslosigkeit, die im November des Vorjahres von 3 30% auf 4 70% gestiegen war, erhöhte sich heuer von 3 00% auf 4 00%.

Dank der guten Herbstsaison in den Konsumgüterindustrien nahm die Zahl der arbeitssuchenden Leder-, Textil-, Bekleidungs-, Papier-, Chemie-, Nahrungs- und Genußmittelarbeiter und einiger anderer Berufe im Oktober noch weiter ab. Aber auch unter den Metallarbeitern, Holzarbeitern und

Hilfsarbeitern allgemeiner Art ging die Arbeitslosigkeit, entgegen dem normalen Saisonverlauf, noch leicht zurück. Aus der Bauwirtschaft meldeten sich bei den Arbeitsämtern nur 100 zusätzliche Arbeitssuchende (gegen 800 im Oktober des Vorjahres), so daß es Ende Oktober erstmals seit April weniger arbeitssuchende Bauarbeiter (um 200) gab als im Jahre 1956. Die Steinindustrie entließ nahezu 600 Arbeiter, fast ebenso viele wie vor einem Jahr. Stärker als im Oktober 1956 stieg hingegen die Arbeitslosigkeit unter den Land- und Forstarbeitern, doch nur, weil mehr Forstarbeiter entlassen wurden als üblich. Die Landwirtschaft allein nahm noch Arbeitskräfte auf, und zwar mehr als in früheren Jahren, vermutlich weil die milde Witterung die Hackfruchternte und den Herbstanbau begünstigte. Trotzdem war die Zahl der arbeitssuchenden Landarbeiter (ohne Forstarbeiter) mit 1 400 etwas höher als im Oktober 1956 (1 300). Sehr stark waren, der Jahreszeit entsprechend, im Oktober und im November die Entlassungen im Hotel- und Gastgewerbe. Nachdem die Zahl der arbeitssuchenden Gaststättenarbeiter bereits im September um 1 700 zugenommen hatte, erhöhte sie sich im Oktober um 4 400 und im November neuerlich um 3 200. Im Vorjahr waren die entsprechenden Zunahmen mit 1 500, 4 200 und 2 800 etwas geringer gewesen. Die Saisonschwankung im Hotel- und Gastgewerbe hat sich durch den steigenden Fremdenverkehr weiter verstärkt. Ende November dürfte aber mit 12 000 arbeitssuchenden Hotel- und Gaststättenarbeitern die Saisonspitze erreicht worden sein, die um 700 oder 5 8% über der des Vorjahres liegt. Der Bedarf an zusätzlichen Kräften während der Weihnachtssaison (Aushilfskellner, Gelegenheitsbeschäftigung) wird diesen hohen Stand im Dezember wie alljährlich auch heuer vermutlich nur leicht verringern.

Am zahlreichsten waren aber — wie stets im November — die Entlassungen im Baugewerbe, obwohl sie mit 6 300 nicht einmal halb so hoch waren wie im November 1956 mit 13 000. Ende November gab es bei den Arbeitsämtern mit 11 500 um 6 900 oder 37 6% weniger zur Stellenvermittlung vorgemerkte Bauarbeiter als ein Jahr vorher. Gleichfalls nur ungefähr halb so stark wie im Vorjahr nahm die Zahl der arbeitssuchenden Metall- und Holzarbeiter zu, nicht ganz so stark wie im Vergleichsmonat die der Hilfsarbeiter wechselnder Art. Etwas größer als im November 1956 waren die Freistellungen von Textil- und Bekleidungsarbeitern.

Die Männerarbeitslosigkeit erhöhte sich insgesamt nur um 11 000, gegen 22 200 im November 1956. Die bedeutend schwächere Zunahme erklärt sich

nicht nur aus der besseren Beschäftigung im Baugewerbe. Die Frauenarbeitslosigkeit dagegen nahm mit 11.600 im November etwas stärker zu als vor einem Jahr (10.700) und ausnahmsweise auch stärker als die der Männer. Ende November waren trotzdem weniger Arbeitsuchende beiderlei Geschlechts bei den Arbeitsämtern gemeldet als Ende November 1956, und zwar mit 36.800 um 14.000 oder 27,5% weniger Männer, aber mit 55.600 nur um 1.800 oder 3,2% weniger Frauen

Das Stellenangebot der Arbeitsämter erhöhte sich im Oktober um 700 (2,8%) auf 25.400 und sank im November um 6.000 auf 19.500. Es war Ende Oktober zum erstenmal seit Februar höher als im Jahre 1956, und zwar um 2.600 oder 11,3%; Ende November überschritt es den Vergleichsmonat des Vorjahres aber nur noch um 1.100 oder 6,1%. Die Gesamtzahl der offenen Stellen war fast ebenso hoch wie im November des Konjunkturjahres 1955 (19.600)

Die Zunahme im Oktober war saisonwidrig. Sie ist auf erhöhte Nachfrage nach männlichen Arbeitskräften zurückzuführen (+1.700 auf 18.900). Aber auch die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften entwickelte sich günstiger als normal und nahm weniger als saisonüblich ab (-1.000 auf 6.600).

Vor allem im Baugewerbe stieg der Arbeitskräftebedarf (wie in den Konjunkturjahren 1954 und 1955, als die milde Witterung ebenfalls die Bau-saison begünstigte, nicht aber im Oktober 1956) Insbesondere nahm der an Bauhilfsarbeitern zu. Saisonwidrig erhöhte sich auch noch die Nachfrage nach Arbeitern im Bergbau, der Steinindustrie, Eisen- und Metallindustrie, Holzverarbeitung sowie geringfügig, aber gleichfalls saisonwidrig, in einer Reihe von Konsumgüterindustrien und Dienstleistungsgewerben, wie in der Lederindustrie, der Textilindustrie, der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, im Verkehr und in den Reinigungsberufen. Auch der Bedarf an Hilfsarbeitern nahm noch zu. In anderen Wirtschaftszweigen sank zwar die Zahl der zu Monatsende freien Stellen, aber weit schwächer als im Vorjahr, vor allem für Land- und Forstarbeiter, Hotel- und Gaststättenarbeiter und Hausgehilfinnen.

Im November sank das Stellenangebot sowohl für Männer als auch für Frauen stärker als im Vorjahr. Ende November gab es aber mit 14.400 offenen Stellen für Männer um 900 oder 6,9% und mit 5.000 für Frauen um 200 oder 3,9% mehr als vor einem Jahr. Die Lage ist allerdings in den einzelnen Bundesländern sehr verschieden. In Wien war der Rückgang an offenen Stellen im November so groß, daß die besonders gute Entwicklung im Vormonat wettgemacht wurde und die Gesamtzahl der offenen Stellen erst-

mals, wenn auch nur geringfügig, niedriger war als im Jahre 1956. Gleichfalls geringfügig geringer als im Vorjahr war das Stellenangebot auch in Tirol und Vorarlberg sowie etwas stärker (um 17%) in Kärnten. In Niederösterreich und Oberösterreich überstieg es hingegen das vorjährige um ein Drittel, in Salzburg um 15%. Am weitaus stärksten übertraf es relativ das Vorjahresniveau im Burgenland, wo es jedoch absolut sehr klein ist.

## Verkehr und Fremdenverkehr

Dazu Statistische Übersichten 8.1 bis 8.13

Die Leistungen im Verkehr und Fremdenverkehr entwickelten sich im Oktober saisonüblich. Im Güterverkehr der Bahn stieg der Bedarf infolge der Zuckerrübenkampagne auf 214.193 Wagen und erreichte damit einen neuen Rekordstand. Die Zahl der Wagenstellungen war um 11%, je Arbeitstag um 3%, höher als im September. Außer an Zuckerrüben wurden arbeitstäglich auch mehr Sammelgut und Eisen befördert. Bei den übrigen Transporten gingen die Leistungen, wie immer um diese Jahreszeit, zurück. Die Zahl der *netto-t-km* war allerdings im Gegensatz zur saisonüblichen Entwicklung etwas geringer als im September.

### Wagenstellungen nach Güterarten (Voll- und Schmalspurn)

	Oktober 1957	Veränderung in % (+ bzw. -) Monatsergebnisse gegen		
		Vorjahr	Vormonat	je Arbeitstag gegen Vormonat
Insgesamt	207 458	+ 2,1	+11,4	+ 3,1
davon				
Kohle	23 896	+ 0,4	+ 7,8	- 0,2
Holz	17 271	- 8,6	+ 6,7	- 1,2
Baustoffe	29 231	+ 7,6	- 0,6	- 8,0
Eisen	15 720	+20,8	+10,8	+ 2,6
Papier	6 604	+ 0,2	- 2,1	- 9,3
Erze	9 615	+29,8	- 1,2	- 8,5
Kunstdünger	3 376	-42,6	-31,5	-36,5
Nahrungsmittel	13 399	-12,2	+ 8,2	+ 0,2
Stückgut	32 564	+ 2,8	+ 5,3	- 2,5
Sammelgut	6 352	+ 6,6	+12,2	+ 3,5
Zuckerrüben	17 578	+11,5		
Andere	31 843	+ 0,2	- 6,1	-13,1

Der Güterverkehr auf der Donau wurde im Oktober durch Niederwasser stark behindert. Die Leistung ging von 384.527 t auf 291.556 t zurück; sie nahm in den einzelnen Verkehrsrelationen annähernd gleich stark ab. Die Auslastung des Transportraumes sank im Talverkehr von 57% auf 48%, stieg jedoch im Bergverkehr infolge höherer Transporte von Eisenwaren, die vorwiegend über die deutsche Grenze gingen, von 20% auf 26%. Die Mineralöltransporte standen mengenmäßig - wie schon im September - mit 94.941 t weitaus an der Spitze. Davon wurden 49% im Inland transportiert, der Rest je zur Hälfte

in das westliche und östliche Ausland. Der Verkehr Österreichs mit dem Südosten sank von 73.293 t auf 37.837 t; es nahmen vor allem die Mineralöltransporte aus Österreich stark ab. Auch der Transitverkehr war mit 36.863 t um 34% geringer als im September. Die österreichische Schifffahrt beförderte 60% der Transportmenge und war an der Ein- und Ausfuhr zu 56% und am Transit zu 19% beteiligt. Die Anteile sind etwas höher als in den Monaten vorher.

Die Luftfracht erhöhte sich um 15 t auf 173.892 kg und nähert sich damit wieder den Leistungen in den Jahren 1955 und 1956. Die Transitfracht war mit 87 t außergewöhnlich hoch.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Güterverkehrsleistungen der Bahn um 0,4% (*netto-t-km*) und 2% (Wagenstellungen) gestiegen, die der Schifffahrt (ausschließlich des nationalen Verkehrs) und Luftfahrt um 25% bzw. 6% gesunken. Das Ergebnis für die ersten 10 Monate war im Bahn- und Schiffsverkehr um 5% und 16% höher, im Luftverkehr um 18% niedriger.

Der *Personenverkehr* nahm gegenüber September saisonüblich ab. Die Verkehrsleistungen entwickelten sich bei den einzelnen Verkehrsträgern im Gegensatz zu früheren Jahren jedoch sehr unterschiedlich. Im Bahnverkehr sank die Zahl der verkauften Karten nur um 4% gegen durchschnittlich 14% in den Vorjahren. Mit 6,1 Mill. Karten wurde sogar die Junifrequenz (6,0) überschritten. Die überaus guten Witterungsverhältnisse verlängerten die Reisesaison und begünstigten den Wochenend-Ausflugsverkehr.

Der Überland-Straßen-Linienverkehr durch Post und Bahn ging um 5% auf 8,2 Mill. beförderte Personen zurück. Bisher nahm von September auf Oktober der Omnibusverkehr stets zu, da der sommerliche Berufsverkehr auf Fahrrädern wieder zum Autobus zurückkehrt. Die günstige Witterung verzögerte diese Umschichtung.

Im Luftverkehr ging die Zahl der beförderten Personen (ohne Transit) saisongemäß um 27% auf 20.720 Reisende zurück, von denen 99% den Wiener Flughafen benützten.

Im Vergleich zum Oktober 1956 war der Bahn- und Luftverkehr um 26% und 15% höher, während der Straßenverkehr von Post und Bahn knapp das Vorjahresniveau erreichte. In den ersten zehn Monaten war die Frequenz um 4% (Bahn), 31% (Luft) und 3% (Straße) höher als im Jahre 1956.

Die Motorisierung des Straßenverkehrs nahm mit 7.344 neu angemeldeten fabriksneuen Fahrzeugen weiter zu. Die Zulassungen waren bei allen Fahrzeugkategorien saisonüblich, außer den Zweirädern, höher als im September, blieben jedoch gegenüber

dem Vorjahr um 13% zurück. Nur die Neuanmeldungen an Nutzkraftwagen überschritten den Vorjahresstand. An Personenkraftwagen, Motorrädern und Rollern wurden dagegen um 12, 17 und 38% weniger angemeldet als vor einem Jahr. In den ersten zehn Monaten betrug die Zahl der gesamten Neuzulassungen 86.768 Einheiten, das sind um 17% weniger als im Jahre 1956.

#### Neuzulassungen fabriksneuer Kraftfahrzeuge in den ersten zehn Monaten 1955 bis 1957

Jahr	Insgesamt	PKW	davon		
			Krad	Roller	Nutzfahrzeuge
1955	114.228	37.078	35.167	19.108	8.052
1956	104.520	41.257	23.675	15.800	5.653
1957	86.768	44.576	12.227	6.712	6.582

Der *Fremdenverkehr* nahm im Oktober saisonüblich stark ab. Die Zahl der Übernachtungen betrug 1,06 Mill., von denen 416.500 auf Ausländer entfielen. Gegenüber Oktober 1956 sind dies 3% und 13% mehr, während die Inländerfrequenz um 3% niedriger war.

#### Fremdenverkehr in den ersten zehn Monaten 1955 bis 1957

Jahr	Inland	Übernachtungen		Devisen-	
		Ausland in 1.000	zusammen	Einnahmen	Ausgaben in Mill. S
1955	10.713	11.718	22.432	1.984	462
1956	11.515	13.767	25.282	2.819	536
1957	12.187	16.236	28.423	3.504	625

Nach vorläufigen Ergebnissen für das Fremdenverkehrsjahr 1956/57 (1. November bis 31. Oktober) wurden ohne die Zollausschlußgebiete (Mittelberg und Jungholz) 32,24 Mill. Übernachtungen gezählt, gegen 28,66 Mill. 1955/56. Die Zunahme um 13% beruht vor allem auf dem Ausländerverkehr, der um 19% auf 17,7 Mill. Übernachtungen stieg, gegen 6,4 Mill. und rund 8,9 Mill. in den Jahren 1937 und 1931. Der Inländerverkehr war mit 14,6 Mill. Übernachtungen um 6% höher als 1955/56 und überschritt die beste Vorkriegsfrequenz ebenfalls um 6%.

Die Deviseneingänge aus dem Ausländer-Reiseverkehr erreichten im Fremdenverkehrsjahr 1956/57 3,7 Mrd. S., die Ausgänge 700 Mill. S., um 25% und

#### Fremdenverkehr in der Saison 1956/57<sup>1)</sup>

		1955/56	1956/57	1955/56 = 100
Inländer	1.000 Übernachtungen	13.788,3	14.582,5	105,8
Ausländer	1.000 „	14.875,7	17.661,8	118,7
Insgesamt	1.000 Übernachtungen	28.664,0	32.244,3	112,5
Deviseneingänge	Mill. S.	2.968,9	3.704,7	124,8
Devisenausgänge	„ S.	590,1	700,0	118,6
Devisensaldo	Mill. S.	2.378,8	3.004,7	126,3

<sup>1)</sup> Ohne Mittelberg und Jungholz

190% mehr als 1955/56. Der Devisensaldo war mit etwas über 3 Mrd. S um 260% größer als im Vorjahr. Die unterschiedliche Zunahme von Deviseneingängen (+250%) und Übernachtungen (+190%) beruht zum Teil auf Preissteigerungen, zum Teil dürften die in der Fremdenverkehrsstatistik nicht erfaßten kurzfristigen Aufenthalte in Österreich zugenommen haben.

### Die Budgetaufwendungen für den Straßenbau

Der Zustand der österreichischen Straßen läßt viel zu wünschen übrig. Mit steigender Motorisierung kommt der Instandhaltung und dem Ausbau des Straßennetzes um so größere Bedeutung zu, als auch im Fremdenverkehr viele Gäste, insbesondere Ausländer, im eigenen Fahrzeug kommen. Schlecht gepflegte Straßen können Fremde abhalten, verhindern eine bessere Streuung und weitere Intensivierung des Fremdenverkehrs. Aber auch der Güterverkehr ist in vielen Fällen auf den Haus-Haus-Verkehr und damit auf die Straße angewiesen.

Die öffentlichen Haushalte sind sichtlich bemüht, den steigenden Anforderungen an die Straße zu genügen. Im Jahre 1955 hatten Bund, Länder und Gemeinden insgesamt 2.051 Mill. S für den Straßenbau aufgewendet. Die Dotierungen sind seither ständig gestiegen. Im Jahre 1958 wird der Aufwand voraussichtlich 2.850 Mill. S betragen, nominell um 39% und real um 21% mehr als im Jahre 1955.

### Der Aufwand für den Straßenbau seit 1955

	Bundesstraßen	Landesstraßen	Gemeindestraßen	Insgesamt	Veränderung 1955=100	
					nominell	real
1955 <sup>1)</sup>	1 001 0	549 6	500 6	2 051 2	100 0	100 0
1956	1 182 8 <sup>2)</sup>	555 8 <sup>2)</sup>	530 0 <sup>2)</sup>	2 268 6 <sup>2)</sup>	110 5	101 7
1957 <sup>2)</sup>	1 425 0	545 9	550 0	2 520 9	122 9	106 9
1958 <sup>2)</sup>	1 730 0	550 0	570 0	2 850 0	138 9	120 9

<sup>1)</sup> Rechnungsabschluß — <sup>2)</sup> Geschätzter Rechnungsabschluß

### Bundesstraßen

Am stärksten hat der *Bund* seine Ausgaben erhöht. Der Bundesbudgetvoranschlag 1958 sieht für den Straßenbau (einschließlich Brücken) in der laufenden Gebarung 1.029 5 Mill. S und in der außerordentlichen 550 Mill. S vor. Der Voranschlag überschreitet den Gebarungserfolg 1956 um 43% und 19%, insgesamt 34%. Der Anteil am Gesamtbudget (39 Mrd. S) beträgt 4 1% gegen 3 7% im Vorjahr (3 5 im Rechnungsabschluß 1955). Er wird jedoch voraussichtlich noch höher sein, etwa 4 5%, da die zweckgebundenen Einnahmen infolge der weiteren Motorisierung auf mindestens 1.180 Mill. S gegen 1.024 5 Mill. S im Voranschlag steigen werden und die laufenden Ausgaben für den Straßenbau entspre-

chend erhöht werden können. Gegenüber 1955 würden damit die Bundesausgaben für Straßenbau um 730 Mill. S oder 73% steigen.

Die *ordentliche Gebarung* umfaßt die Aufwendungen für die Bundesstraßen „B“<sup>1)</sup>. Wie in den Jahren vorher wird im Jahre 1958 nur ein geringer Teil, rund 215 Mill. S oder 21%, für die Straßenerhaltung eingesetzt. Weit größer sind, mit 815 Mill. S oder 79%, die Ausgaben für Investitionen aller Art, vorwiegend für den Ausbau der Straßen. Das Schwergewicht liegt im sogenannten „Vollausbau“, der die Straße verbreitert oder begradigt und ihr einen tragfähigen, frostsicheren Unter- und Oberbau gibt, so daß sie auf lange Sicht den Verkehrserfordernissen entsprechen kann. Auf den „Vollausbau“ fielen im Budget 1957, einschließlich der Großbauvorhaben (z. B. Umfahrung Dürnsteins) 70% der für den Straßenbau (ohne Erhaltung) veranschlagten Summe. Als zweit- und dritt wichtigste Posten folgen die Aufwendungen für „Staubfreimachungen“ und „Brücken“ mit je 7% Anteil. Für 1958 ist eine ähnliche Aufteilung vorgesehen. Der Neubau von Straßen ist kaum von Bedeutung. Allerdings wird der Bau der Autobahn über das außerordentliche Budget finanziert. Wenn man ordentliche und außerordentliche Ausgaben zusammenfaßt, ist der Anteil der Aus- und Neubauten an den Gesamtstraßenbauten in den letzten Jahren ständig gestiegen, von 76%, 81% und 85% in den Jahren 1954 bis 1956 (Rechnungsabschlüsse) auf 86% im Jahre 1958 (Voranschlag).

### Aufwendungen für Bundesstraßen

	Voranschlag		Gebarungserfolg		
	1958	1957	1956	1955	1954
	Mill. S				
I Ordentl. Gebarung					
Erhaltung	187 4	194 9	172 6	163 2	130 9
Ausbau	814 6	757 6	542 2	461 8	357 3
Sonstiges	27 5 <sup>1)</sup>	22 6	5 7	24 4	18 1
Summe I	1 029 5	975 1	720 5	649 4	506 3
II Außerordentliche Gebarung					
Autobahn	550 0	225 0	462 3	351 6	44 2
Andere Bundesstraßen	—	—	—	—	79 0
Summe II	550 0	225 0	462 3	351 6	123 2
Summe I + II	1 579 5	1 200 1	1 182 8	1 001 0	629 5
Zu Preisen von 1954	1 295 2	984 0	1 029 0	961 0	—

<sup>1)</sup> Davon 5 Mill. S für Liegenschaften der Bundesstraßenverwaltung Autobahn

Die Investitionsmittel werden auf die 166 *Bundesstraßen B* mit einer Länge von 8.324 km nach der verkehrswirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Straßen und dem langfristigen Straßenbauprogramm verteilt. Im Vordergrund stehen die Durchzugs- und

<sup>1)</sup> Alle Bundesstraßen mit Ausnahme der Autobahn (Bundesstraße A).

bedeutenderen Verbindungsstraßen, wie Wiener-, Triester-, Eisenstädter-, Ennstaler-, Wechsel-, Ossiacher-, Salzkammergutstraße usw. Im Voranschlag 1958 sind für 9 Straßen, auf die 22% des Straßennetzes entfallen, 42% der laufenden Investitionsmittel (814 Mill S) vorgesehen, und zwar eine Bau-summe von 20 Mill S und mehr je Straße. Je 5 bis 20 Mill S erhalten 30 Straßen mit einem Netz- und Aufwandteil von 24% bzw. 36%; unter je 5 Mill S sind für die restlichen 127 Straßen vorgesehen, auf die 54% des Straßennetzes, aber nur 22% des veranschlagten Aufwandes entfallen. Der durchschnittliche Aufwand je Kilometer sinkt von 180.000 S in der ersten Gruppe auf 40.000 S in der letzten. In dieser Gruppe überwiegen noch immer Straßen mit ungeschützter Schotterdecke oder leichten Belägen. Die Budgetmittel für die Bundesstraßen B sind zwar in den letzten Jahren stark gestiegen, gemessen am Straßenzustand sind sie jedoch immer noch unzureichend. Der Anteil der Straßen mit schweren und mittelschweren Belägen konnte wohl seit 1951 von 9% auf 12% und von 27% auf 38% erhöht werden, Anfang 1957 entfielen aber noch immer 50% des Bundesstraßennetzes auf Straßen mit ungeschützter Schotterdecke oder leichten Belägen. Nur knapp 1.000 km (von 8.324 km) hatten den für Fern- und Verbindungsstraßen, wozu die Bundesstraßen stets zählen, erforderlichen schweren Belag. Jährlich ging das mit unzulänglichen Belägen ausgestattete Straßennetz durchschnittlich um 4% zurück.

#### Straßenzustand der Bundesstraßen

	1951		1957		1951 =
	km	in %	km	in %	100
Schotterdecke .....	2 816 0	34 7	1 702 1	20 5	60 4
Leichter Belag .....	2 336 7	28 8	2 482 8	29 8	103 9
Mittelschwerer Belag .....	2 199 9	27 1	3 148 3	37 8	143 1
Schwerer Belag .....	759 9	9 4	990 3	11 9	130 3
Insgesamt .....	8 112 5	100 0	8 323 5	100 0	102 6

Der Ausbau der Bundesstraßen konnte in den letzten Jahren vor allem dank zunehmenden Eingängen an zweckgebundenen Mitteln gesteigert werden. Von 1954 bis 1958 werden sich die laufenden Ausgaben immerhin von 506 3 Mill. S (Gebahrungserfolg) auf 1.180 Mill. S (voraussichtlicher Steuereingang), um 133%, erhöhen. Real nehmen die Investitionsmöglichkeiten infolge der Kostensteigerungen im Straßenbau (18%) jedoch nur um 92% zu, sofern der Straßenbaukostenindex im Jahre 1958 nicht weiter steigt. Außerdem wird vorausgesetzt, daß keine zweckgebundenen Mittel für den Bau der Autobahn (Bundesstraße A) verwendet werden, wie dies bei der Einführung des Zuschlages zur Mineralölsteuer vorgesehen war.

Der Bau der *Autobahn* (außerordentliche Gebahrung) wurde bisher vorwiegend aus allgemeinen Bundesmitteln, Krediten und der Verkehrsanleihe finanziert. Die Aufwendungen stiegen von 352 Mill. S im Jahre 1955 (Gebahrungserfolg) auf 550 Mill. S im Voranschlag 1958, nominell um 56%, real aber nur um 36%, sofern die Baukosten nicht weiter steigen. Vom Baubeginn (1954) bis Ende 1956 wurden 858 Mill. S verbaut, im Jahre 1957 dürften schätzungsweise 450 Mill. S (Voranschlag 225 Mill. S) investiert worden sein. Von den projektierten 318 km (Wien-Salzburg) sind 24 km (Salzburg-Mondsee) verkehrsfähig, weitere 100 km (Sattledt-Ennsdorf 47 km; Ordning-St. Christophen 54 4 km) sollen – günstiges Bauwetter vorausgesetzt – Anfang 1959 dem Verkehr übergeben werden. Sollte dieses Bautempo von knapp 28 km im Jahr nicht beschleunigt werden, dann sind die Bauarbeiten auf der Strecke Wien-Salzburg erst Ende 1965 beendet. Da noch weitere Autobahnstrecken, wie Wien-Villach (350 km) und eventuell Villach-Salzburg (201 km) geplant sind, wäre es angebracht, noch andere Finanzierungsmöglichkeiten heranzuziehen, die zumindest eine Verdoppelung der gegenwärtigen jährlichen Bausumme gestatten. Andernfalls ist die Südroute Wien-Villach, auf der im Gegensatz zur West-Ost-Strecke noch keine Vorarbeiten geleistet wurden, kaum vor 1980 fertig.

#### Einnahmen aus dem Straßenverkehr

Den für 1958 veranschlagten Ausgaben von 1.579 5 Mill. S stehen zweckgebundene Einnahmen von 1.024 5 Mill. S gegenüber. Da die Baumaßnahmen aus dem ordentlichen Budget „nach Maßgabe“ der zweckgebundenen Einnahmen getroffen werden, ist die laufende Rechnung immer ausgeglichen. Damit sind die zweckgebundenen Einnahmen zum Plafond der Ausgabenplanung geworden, obwohl bei der Einführung des Bundeszuschlages zur Mineralölsteuer (1950) die Einnahmen daraus als Mindestaufwand gedacht waren, und zwar vor allem für den Straßenbau. Derzeit decken aber ausschließlich die motorisierten Straßenbenutzer Erhaltung und Ausbau der Bundesstraßen „B“, obwohl deren wirtschaft-

#### Einnahmen aus Steuern und Gebühren des Straßenverkehrs

	Voranschlag		1956 Mill S	Gebahrungserfolg	
	1958	1957		1955	1954
Kraftfahrzeugsteuer	130 0	120 0	101 8	107 8	58 1
Beförderungssteuer	350 0	300 0	282 1	259 2	249 1
Mineralölsteuer	250 0	243 8	205 8	162 6	130 2
Zuschlag zur Mineralölsteuer	1 000 0	975 0	823 3	650 4	520 9
Sonstige Einnahmen	27 3	10 6	24 3	9 5	5 9
Insgesamt	1 757 3	1 649 4	1 437 3	1 189 5	964 2

licher, wehrwirtschaftlicher und kultureller Nutzen auch anderen Steuerträgern zugute kommt.

Die nicht zweckgebundenen Einnahmen aus Kraftfahrzeug-, Mineralöl-, Beförderungssteuer und sonstigen Quellen wurden für 1958 mit 732 8 Mill. S veranschlagt. Im Vergleich zum vorläufigen Erfolg 1957 ist der Voranschlag für Kraftfahrzeug- und Beförderungssteuer um 20% und 12% höher, die veranschlagte Mineralölsteuer aber um knapp 2% niedriger angesetzt. Voraussichtlich werden im Zuge der weiteren Motorisierung die Steuereingänge noch stärker steigen und um 15 bis 18% über dem Voranschlag liegen. Nach Abzug der Länderanteile an der Kraftfahrzeug- (65%) und Mineralölsteuer (50%) verbleiben dem Bund 523 3 Mill. S. Zusammen mit den zweckgebundenen Einnahmen betragen die veranschlagten Eingänge 1 547 8 Mill. S und einschließlich des voraussichtlichen Mehreingangs an Mineralölsteuer (22 Mill. S nach Abzug der Länderanteile) und Zuschlag (165 Mill. S) 1 734 Mill. S. Die Gesamtausgaben betragen demgegenüber 1 579 5 Mill. S. Das bedeutet allerdings nicht, daß der Straßenverkehr für den gesamten Bundesstraßenaufwand aufkommt, da z. B. die Beförderungssteuer die Umsatzsteuer vertritt und die Mineralölsteuer ebenso wie die Tabaksteuer oder Getränkesteuer eine allgemeine Verbrauchsteuer ist. Außerdem fehlen in dem angeführten Aufwand die Verwaltungskosten einschließlich der Verkehrsregelung und -überwachung. Trotz diesen Einschränkungen ist die Gegenüberstellung von Steuereingängen und Straßenaufwand zweifellos sinnvoll, da die mit dem motorisierten Straßenverkehr zusammenhängenden Steuern und Gebühren im allgemeinen von einem ziemlich scharf abgegrenzten Personenkreis getragen werden und andererseits die Aufwendungen für die Straßen ziemlich fest umrissen sind.

#### Steuereingänge und Aufwand für die Bundesstraßen

	Zweckgebundene Steuer-einnahmen <sup>1)</sup>	Ordentliche Ausgaben	Spalte 2 in % von Spalte 1	Nicht gebundene Einnahmen	Außer-ordentliche Ausgaben	Spalte 5 in % von Spalte 4
	1	2	3	4	5	6
	Mill. S		Mill. S			
1954	526 8	506 3	96 1	334 5	123 2	36 8
1955	659 1	649 4	98 5	379 0	351 6	92 8
1956	844 8	720 5	85 3	423 4	462 3	109 2
1957 <sup>2)</sup>	984 6	975 0	99 0	464,9	225 0	48 4
1958 <sup>3)</sup>	1 024 5	1 029 5	100 5	523 3	550 0	105 1

<sup>1)</sup> Bundeszuschlag zur Mineralölsteuer und sonstige Einnahmen aus Bundeshaushalt, Kapitel 21/2 des Budgets. — <sup>2)</sup> Kraftfahrzeug-, Beförderungs-, Mineralölsteuer sowie sonstige Einnahmen aus Kapitel 21/2a, soweit sie dem Bund verbleiben; Kraftfahrzeugsteuer zu 35% und Mineralölsteuer zu 50%. — <sup>3)</sup> Voranschlag

Die Verteilung der Bundesmittel aus der ordentlichen Gebarung auf die Länder richtet sich nach der jeweiligen Länge des Bundesstraßennetzes „B“

und der Baudringlichkeit bzw. -schwierigkeit. Nach dem Rechnungsabschluß 1956 standen in der Aufwandseinreihung (ohne Wien) Steiermark (Anteil am Aufwand 21%, am Straßennetz 16%) und Niederösterreich (20%; 26%) an der Spitze; es folgten Kärnten (13%, 13%), Oberösterreich (13%, 18%), Salzburg (9%, 7%), Burgenland (8%, 6%) und Vorarlberg (4%, 3%). Die Aufwandssumme je Straßenkilometer schwankte zwischen 60.121 S in Oberösterreich und 115.454 S in der Steiermark. Im Gesamtdurchschnitt (ohne Wien) betrug sie 84 382 S.

#### Aufgliederung des ordentlichen Aufwandes für Bundesstraßen B nach Bundesländern

	Aufwand 1956		Anteil %	Aufwand je km S
	Mill. S	Anteil %		
Niederösterreich	142 5	20 3	2 159 8	65 978
Burgenland	57 2	8 2	510 1	112 135
Steiermark	150 2	21 4	1 301 0	115 450
Kärnten	92 3	13 2	1 085 2	85 053
Oberösterreich	89 1	12 7	1 482 6	60 097
Salzburg	61 9	8 8	552 7	111 996
Tirol	83 5	11 9	991 6	84 207
Vorarlberg	24 2	3 5	225 6	107 270
Wien	0 3	0 0	15 0	20 000
<b>Insgesamt</b>	<b>701 1</b>	<b>100 0</b>	<b>8 323 5</b>	<b>84 243</b>

#### Länder- und Gemeindestraßen

Während die Bundesstraßen vor allem dem Fern- und Durchgangsverkehr dienen und damit mehr oder weniger schienenparallel verlaufen, ermöglichen die Landesstraßen den Flächenverkehr, der die Hauptaufgabe des Straßengüterverkehrs sein sollte. Ausbau und Erhaltung dieses Straßennetzes ist daher verkehrswirtschaftlich und verkehrspolitisch nicht minder wichtig. Leider stehen für die 22.656 km Landesstraßen (ohne Wien) weit geringere Mittel zur Verfügung als für die 8.323 km Bundesstraßen. Im Jahre 1956 wurden von den Ländern für Erhaltung und Ausbau 558 8 Mill. S aufgewendet, je Kilometer nur 24.665 S gegen 84 382 S im Bundesstraßennetz ohne Autobahn. Nur 22% des Landesstraßennetzes sind staubfrei (Bundesstraßen: 80%). Die Unterschiede in den einzelnen Ländern sind allerdings sehr groß. Der Anteil der staubfreien Straßen schwankt zwischen 12% in Oberösterreich und 58% im Burgenland.

In den Landes-Voranschlägen für 1957 und 1958 sind nur rund 550 Mill. S, nominell etwa gleich viel, real aber um 13% weniger als im Jahre 1955, für Straßenbauten vorgesehen. Eine Erhöhung des Aufwands ist jedoch kaum möglich, da er bereits durchschnittlich 13% des Gesamtbudgets beträgt. Der Anteil ist in Kärnten mit 9% am geringsten und in Niederösterreich mit 19% am höchsten.

### Straßenbudget und Landesstraßennetz in den Bundesländern

	Gesamtaufwand 1956		km	Straßennetz davon		Aufwand je km S
	Mill S	%		staub- frei %	km %	
Niederösterreich	167,8	30,2	11 627	20	51,4	14 432
Burgenland	17,4	3,1	606	58	2,7	28 712
Steiermark	100,5	18,1	2 880	30	12,7	34 895
Kärnten	31,1	5,6	1 277	14	5,6	24 353
Oberösterreich	141,3	25,4	4 311	12	19,1	32 770
Salzburg	31,4	5,6	414	48	1,8	75 845
Tirol	35,3	6,4	995	29	4,4	35 477
Vorarlberg	31,0	5,6	518	45	2,3	59 845
Insgesamt	555,8	100,0	22 628	22	100,0	24 562

Für Bundes- und Landesstraßen zusammen wurden im Jahre 1956 (einschließlich a. o. Aufwand) 1.738,6 Mill. S ausgegeben. Dieser Aufwand dürfte im Jahre 1958 schätzungsweise auf nominell 2.280 Mill. S (+31%) und zu Preisen von 1956 auf 2.166 Mill. S (+25%) steigen. Davon werden aber in erster Linie die Bundesstraßen „B“ profitieren, die aus dem Zuschlag zur Mineralölsteuer besser dotiert werden können. Da die Länder an den zweckgebundenen Steuereingängen nicht beteiligt sind, müssen sie den Straßenbau aus allgemeinen Steuermitteln bestreiten. Von der Mineralölsteuer und Kraftfahrzeugsteuer erhielten sie im Jahre 1956 rund 170 Mill. S. Der Voranschlag 1958 rechnet mit 210 Mill. S.

Der Aufwand für die *Gemeindestraßen* liegt erst für 1955 vor. Es wurden 500,6 Mill. S verbaut, davon 120,9 Mill. S in Wien. Einschließlich der Bundes- und Landesstraßen wurden in Österreich für den gesamten Straßenbau (einschließlich Brücken) 2.051 Mill. S aufgewendet. Im Jahre 1958 ist mit 2.850 Mill. Schilling zu rechnen oder, nach Ausschaltung der Preisveränderungen, mit 2.480 Mill. S, 21% mehr als im Jahre 1955.

### Außenhandel

Dazu Statistische Übersichten 91 bis 99

Die Herbstsaison des Außenhandels, die im September begonnen hatte, belebte sich im Oktober. Die Einfuhr stieg um 6,4% (September: 2,7%) auf 2.585 Mill. S, die Ausfuhr um 3,2% (1,9%) auf 2.256 Mill. S. Damit übertraf die Einfuhr das bisherige Rekordergebnis vom März 1957 um 6 Mill. S. Die Ausfuhr hingegen blieb hinter ihrem Rekordstand vom gleichen Monat um 40 Mill. S zurück.

Der *Einfuhrüberschuß* stieg im Oktober von 245 auf 329 Mill. S und war um 5,4% größer als im Durchschnitt der ersten drei Quartale.

Die starke Zunahme der *Einfuhr* erklärt sich aus der Wiedereinführung der Bewertungsfreiheit, welche die Investitionsgüter nachfrage förderte, ferner aus der

Lagerauffüllung für das Herbst- und Weihnachtsgeschäft und aus überdurchschnittlichen Obstimporten. Schon im Vorjahr hatten sich die Weihnachtsimporte vorverlagert, so daß die November- und Dezembereinfuhr nicht mehr die Höhe vom Oktober erreichte. In den Jahren bis 1956 war dagegen die Einfuhr stets bis Dezember gestiegen. Vermutlich begann auch heuer die Lagereindeckung wieder etwas früher und erhöhte die Oktoberimporte. Die Fertigwareneinfuhr (ohne Investitionsgüter und Fahrzeuge) war im Oktober 1957 mit 428 Mill. S genau so hoch wie ein Jahr zuvor. Da aber heuer (infolge des größeren Gesamteinkommens) ein lebhafteres Weihnachtsgeschäft zu erwarten ist als im Vorjahr und die wieder eingeführte Investitionsbegünstigung (die voriges Jahr wegfiel) eine Häufung der Maschinenimporte zu Jahresende fördert, werden die November- und Dezemberimporte wahrscheinlich weniger zurückgehen als im Vorjahr oder sogar das Oktoberergebnis übertreffen. Dafür spricht auch, daß die Einfuhr im Oktober infolge besonders niedriger Rohstoffimporte relativ weniger stieg als in den Vorjahren.

### Einfuhr in den Herbstmonaten 1954 bis 1957

	1954	1955	1956	1957
		September = 100		
Oktober	118	109	122	106
November	127	113	116	
Dezember	152	122	112	

Die Fertigwareneinfuhr überschritt im Oktober zum erstenmal 1 Mrd. S. Ihr Anteil an der Gesamteinfuhr war mit 40% ebenfalls höher als je zuvor (allerdings waren die Rohstoffimporte relativ niedrig). Die Maschinenimporte, die seit Jahresbeginn ständig gestiegen und erst in den Monaten August und September leicht zurückgegangen waren, weiteten sich wieder kräftig aus. Maschinen und Apparate wurden im Werte von 433 Mill. S importiert, verglichen mit 396 Mill. S im Juli. Zusammen mit den Verkehrsmitteln überstieg der Importwert der Investitionsgütergruppe im Oktober erstmals die 600-Millionengrenze und war seinem Schillingwert nach rund hundertmal so groß wie der Monatsdurchschnitt 1937. Unter den sonstigen Fertigwaren, die fast ausnahmslos in größeren Mengen importiert wurden als im September, fällt besonders die Gruppe der Textilwaren auf, deren Einfuhr (ohne Bekleidung) von 180 auf 206 Mill. S stieg und um 23% über dem Durchschnitt der ersten neun Monate lag.

Im Gegensatz zur Fertigwareneinfuhr sanken die Rohstoffimporte von 806 Mill. S im September auf 698 Mill. S im Oktober; sie waren die niedrigsten seit September 1956. Erze und Schrott wurden – nach hohen Einkäufen in den Vormonaten – um 54 Mill. S,

Brennstoffe um 22 Mill. S, Kautschuk um 12 Mill. S, natürliche Düngemittel um 9 und Baumwolle um 7 Mill. S weniger eingeführt. Da der Rohstoffbedarf nicht gesunken ist, könnte der Rückgang, soweit nicht Zufallsschwankungen im Rohstoffbezug vorliegen, mit der Baisse auf den Rohwarenmärkten zusammenhängen.

Die Importe von Nahrungsmitteln stiegen im Oktober um 65 Mill. S auf 410 Mill. S. Die Zunahme beschränkte sich fast ausschließlich auf Obst und Gemüse, die infolge ungenügender Inlandlieferung in größerem Ausmaß importiert werden mußten. Ihr Importwert stieg um 59 Mill. S auf 144 Mill. S und übertraf die bisherige Höchsteinfuhr (Juli 1957) um 22%.

Die Verschiebung der Importstruktur zugunsten der Fertigwarenimporte änderte auch die regionale Verteilung der Importe. Das OEEC-Gebiet (insbesondere die Bundesrepublik Deutschland) ist die wichtigste Bezugsquelle für Österreichs Fertigwarenimporte. Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem Anteil der Fertigwaren und dem der OEEC-Staaten am Gesamtimport. So stieg von September auf Oktober der Anteil der Fertigwaren von 36% auf 40%, gleichzeitig erhöhte sich die Einfuhr aus dem OEEC-Raum von 70% auf 76% der Gesamtimporte.

#### Anteil der Fertigwaren und der OEEC-Staaten am Gesamtimport 1957

(Geordnet nach dem Fertigwarenanteil)

Fertigwarenanteil am Gesamtimport in %	Anteil der OEEC-Staaten	Monat
40	76	Oktober
39	73	Juni
39	73	Juli
38	74	April
37	72	Mai
36	71	August
36	70	September
34	71	März
32	72	Jänner
31	66	Feber

Aus der Bundesrepublik Deutschland wurden erstmals Waren im Werte von mehr als 1 Mrd. S (1.058 Mill. S) bezogen (davon Maschinen und Verkehrsmittel: 446 Mill. S); der Anteil Deutschlands an der Gesamteinfuhr erreichte den extrem hohen Wert von 41% (I. bis III. Quartal 36%, 1956 35%)

Auch in der *Ausfuhr* trugen die Fertigwaren mit einer Zunahme von 48% wesentlich zur Steigerung der Umsätze bei. Sie erreichten einen neuen Höhepunkt und blieben nur um 2 Mill. S unter der Milliarden-grenze. Seit der Ausdehnung der Liberalisierung in der zweiten Hälfte des Jahres 1954 sind

Fertigwareneinfuhr und -ausfuhr nahezu ausgeglichen, während vor 1954 die Ausfuhr von Fertigwaren die Einfuhr um 60 bis 80% übertraf

#### Das Verhältnis von Fertigwarenausfuhr zu Fertigwareneinfuhr

	Fertigwarenausfuhr in % der Fertigwareneinfuhr
1937	184
1951	172
1952	161
1953	176
1954	133
1955	100
1956	111
1957 I-X	105

Die Verschiebung zu den Fertigwaren war jedoch bei der Ausfuhr bedeutend weniger ausgeprägt als bei der Einfuhr. Ihr Anteil am Gesamtexport stieg nur von 43 auf 44%, da es neben bedeutenden Exportsteigerungen (Papier, Metallwaren, Textilien) auch einige leichte Rückschläge gab (Maschinen, Apparate, Holzwaren). Außer der Fertigwarenausfuhr stiegen auch die Rohstoff- und die Nahrungs- und Genußmittelexporte (vor allem an Holz, Lebewiech und Getränken wurde mehr exportiert). Die Ausfuhr von Halbfertigwaren blieb unverändert, da die Mehrausfuhr von Eisen und Stahl (+ 18 Mill. S) und Aluminium (+ 9 Mill. S) durch geringere Lieferungen von Stickstoffdünger und anderen Chemikalien (- 27 Mill. S) ausgeglichen wurde

#### Außenhandel zu konstanten Preisen und Außenhandelspreise im III. Quartal 1957

Die Außenhandelsentwicklung ist seit Jahresbeginn bedeutend ruhiger geworden. Mengen und Preise verändern sich von Quartal zu Quartal nur noch wenig. Zu konstanten Preisen (des Jahres 1937) berechnet, war im III. Quartal die Einfuhr um 2 $\frac{1}{2}$ % größer, die Ausfuhr um 1 $\frac{1}{2}$ % größer als im II. Quartal. Im II. Quartal hatte die Einfuhr um 1% abgenommen, die Ausfuhr um knapp 4% zugenommen. Gegenüber dem Vorjahr ist die Zunahme allerdings noch beachtlich: sie betrug bei der Einfuhr 11 $\frac{1}{2}$ %, bei der Ausfuhr 15%. Aber auch die Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr schwächen sich ab. Im I. und II. Quartal betragen sie in der Ausfuhr jeweils nahezu 20% und in der Einfuhr 22 bzw. 12 $\frac{1}{2}$ %.

Der neue Rekordstand der *Einfuhr* im III. Quartal geht vor allem auf hohe Importe von Brennstoffen, Chemikalien, Kunststoffen und Pharmazeutika aller Art zurück. Nur die beiden Gruppen Brennstoffe und Chemikalien hatten einen größeren Importumfang als in allen früheren Quartalen. Nahrungs- und Genußmittel wurden zwar ebenfalls in

größeren Mengen eingeführt als im Vorquartal, erreichten aber nicht die hohen Werte des I. Quartals und früherer Perioden. Die Halbwaren- und Fertigwareneinfuhr war im III. Quartal etwas geringer als im II. Insgesamt ging das Importvolumen dieser Warengruppen (ohne die prosperierende Chemikalieneinfuhr) um 2 6% zurück. Selbst die Einfuhr von Maschinen und Verkehrsmitteln, die seit Mitte 1956 einen ständigen und steilen Aufstieg verzeichnete, sank im III. Quartal leicht (um 2 2%), da die Einfuhr von Personenkraftwagen nachgelassen hat. Sie war nicht nur niedriger als im I. und II. Quartal 1956, sondern lag auch unter dem Niveau des III. Quartals 1956. Die starke Zunahme der Investitionsgütereinfuhr – Maschinen, Apparate, Verkehrsmittel, ausgenommen Personenkraftwagen – bewirkte jedoch, daß das Einfuhrvolumen der gesamten Maschinen- und Verkehrsmittelgruppe gegenüber dem III. Quartal 1956 um 25%, also weit überdurchschnittlich stieg.

Das *Ausfuhrvolumen* stieg im II. Quartal bei Nahrungsmitteln, Brennstoffen, Halbwaren, Fertigwaren (ohne Maschinen und Verkehrsmittel) und Konsumfertigwaren, und ging bei Genußmitteln, Rohstoffen, Chemikalien, Maschinen und Verkehrsmitteln zurück. Abgesehen von der letzten Gruppe ist der Rückgang weitgehend saisonbedingt. Bei Genußmitteln und Rohstoffen haben sich jedoch auch Angebot und Nachfrage verändert. Der Absatz von Wein, Tabakwaren, Holz, Erdöl ist gegenüber dem Vorjahr – zum Teil recht beträchtlich – zurückgegangen. Das Exportvolumen der Genußmittel war in den ersten neun Monaten 1957 um 31% niedriger als im gleichen Zeitraum des Jahres 1956, das der Roh- und Brennstoffe um 8%. Diese Rückgänge wurden durch die Steigerung in den anderen Sektoren mehr als wettgemacht. Die hohen Lebewieh- und Molkereiexporte haben den Umfang der Nahrungsmittelausfuhr in den ersten drei Quartalen des laufenden Jahres gegenüber dem Vorjahr um 70% ausgedehnt. Der gesamte Industriewarenexport (Halb- und Fertigprodukte aller Kategorien) war um 22% größer als im Jahre 1956. Eisen und Stahl waren daran maßgeblich beteiligt, doch auch die Ausfuhr anderer Industrieprodukte ist beträchtlich gestiegen. Der Export der Erzeugnisse der Konsumgüterindustrie konnte um 17% erhöht werden.

#### *Ausfuhr der Konsumfertigwaren zu konstanten Preisen*

Quartal	1955	1956 1937 = 100	1957
I	164	193	239
II	159	208	252
III	194	243	265
IV	241	266	

Die anti-inflationistischen Maßnahmen vieler Länder (einschließlich Österreichs) und die Konjunkturabschwächung auf den Weltmärkten haben die *Außenhandelspreise* stabilisiert. Ende September waren die vom Institut berechneten Ein- und Ausfuhrpreisindizes um je 1 Punkt (rund 0 6%) niedriger als Ende Juni. Gegenüber dem Vorjahr (September) sind die Einfuhrpreise um 3 9%, die Ausfuhrpreise um 4 3% gestiegen. Das Austauschverhältnis blieb im Vergleich zum Vorquartal und zum Vorjahr unverändert.

#### **Der neue österreichisch-sowjetische Handelsvertrag** *Bisherige Entwicklung*

Der kommerzielle Handel Österreichs mit der Sowjetunion entwickelt sich weiterhin günstig. In den ersten zehn Monaten 1957 stieg die Einfuhr aus der Sowjetunion auf 440 Mill. S, die Ausfuhr auf 527 Mill. S, d. s. 196% und 94% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Im ganzen Jahr 1957 wird die Einfuhr aus der Sowjetunion etwa 500 Mill. S, die Ausfuhr 600 Mill. S erreichen. Die Sowjetunion nimmt damit in der österreichischen Einfuhr die neunte, in der Ausfuhr die zehnte Stelle ein.

Obwohl der Wirtschaftsverkehr mit der UdSSR so stark gestiegen ist, wird der vorhergesehene Vertragsrahmen für 1957 von je 858 Mill. S (33 Mill. \$) in beiden Richtungen nicht erreicht werden; das Kontingent wird in der Einfuhr nur zu rund 60%, in der Ausfuhr nur zu 70% ausgenutzt. Das Übergewicht des Exportes blieb bestehen, doch gelang es infolge der größeren Importzunahme, die Handelsbilanz besser auszugleichen als bisher.

Die günstige Einfuhrentwicklung hat wahrscheinlich auch dazu beigetragen, die österreichische Ausfuhr in die Sowjetunion hoch zu halten, die Mitte des Jahres durch Erschöpfung der von der ehemaligen Militärbank stammenden sowjetischen Schillingguthaben gefährdet erschien. Zum Teil geht die relativ hohe Einfuhr allerdings auf die verspäteten Gerstelieferungen zurück, die schon im Vorjahr kommen sollten.

Wenn auch die österreichische Handelsbilanz mit der Sowjetunion immer aktiv war (1956: 7 Mill. \$), blieb das Ende Dezember 1955 eröffnete Verrechnungskonto doch chronisch passiv, weil ein Großteil der österreichischen Exporte von der Sowjetunion mit Militärbankschillingen beglichen wurde. Der Passivsaldo auf dem Verrechnungskonto hatte im April 1957 44 Mill. \$ erreicht und kam bereits der Swinggrenze (Technischer Kredit) nahe (5 Mill. Dollar). Vielfach erwartete man daher, daß öster-

Stand des österreichisch-sowjetischen Verrechnungskontos  
(Monatsende)

Zeit	1 000 S
1955, Dezember <sup>1)</sup>	- 10
1956, September <sup>2)</sup>	-3 138
1957, März	-4 271
April	-4 410
Mai	-3 615
Juni	-3 295
Juli	-1 762
August	- 16
September	+2 082
Oktober	+3 710
November	+3 082

<sup>1)</sup> Erster Verrechnungssaldo — <sup>2)</sup> Höchststand 1956

reichische Devisenzahlungen an die Sowjetunion notwendig würden, um eine Blockierung des Verrechnungsverkehrs zu vermeiden. Mit Erschöpfung der Militärbankschillinge wurde das Verrechnungskonto am 30. September 1957 schlagartig, und zwar gleich mit 2 Mill. \$ aktiv.

Außer den Warenexporten erhöhen auch Dienstleistungen und Transitgeschäfte das österreichische Guthaben. So erhielt Österreich im Jahre 1957 25 Mill. S für Reparaturen sowjetischer Schiffe auf der Werft Korneuburg. Die Transitgeschäfte waren bisher nicht bedeutend. Mit der Normalisierung der russischen Geschäftsbeziehungen zum Westen werden sie sich eher noch vermindern.

Im Frühjahr werden voraussichtlich wieder massierte Getreideeinfuhren, jahreszeitlich bedingt, für einen Abbau der Clearingspitze sorgen. Wenn es aber nicht gelingt, bis 1958/59 durch erhöhte Importe aus der Sowjetunion eine weitere Zunahme des österreichischen Aktivums zu verhindern, würde es die 5 Millionen-Dollar-Grenze des technischen Kredites überschreiten, was die österreichischen Exporte in die Sowjetunion beeinträchtigen könnte.

Falls die Einfuhr aus der Sowjetunion nicht bedeutend erhöht werden kann, wird es aber nicht nur schwierig sein, den bisherigen kommerziellen Außenhandel voll aufrecht zu erhalten — seine Umsätze sollen sich nach dem neuen Handelsvertrag bis 1961 etwa verdoppeln —, sondern vor allem auch die 1961 auslaufenden Ablöselieferungen, die relativ viel Fertigwaren enthielten, kommerziell fortzusetzen.

#### Struktur des Handelsverkehrs

Nach wie vor dominieren in der *Einfuhr* Österreichs aus der Sowjetunion Rohstoffe und Getreide. Auf Halb- und Fertigwaren entfallen nur 9%, fast ausschließlich Erdölrohre. Ohne die zur Wiederausfuhr bestimmten Schiffe wurden von der Sowjetunion nur wenige Maschinen, ferner einige Metall-

waren, Pelzwerk und Schallplatten geliefert. Die Getreideimporte — meist Roggen und Mais — erreichten in den ersten zehn Monaten einen Wert von 75 Mill. Schilling, die Futtermittelaufuhr 201 Mill. S (1. Halbjahr 1957 96.000 t Gerste). Bedeutend war auch die Einfuhr von Steinkohle — in den ersten zehn Monaten 1957 92.892 t oder 2,4% der österreichischen Steinkohleinfuhr — sowie von Koks (28.847 t oder 6,9% der Koksinfuhr). Die sonstige Rohstoffeinfuhr entfällt fast ausschließlich auf Baumwolle im Werte von 46,5 Mill. S (1. Halbjahr 1957 1.787 t bzw. 13% der Baumwollinfuhr).

#### Österreichischer kommerzieller Handel mit der Sowjetunion

(Jänner bis Oktober 1957)

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1 000 S	%	1 000 S	%
Ernährung	257 961	58,6	1	0,0
Getränke u. Tabak	8	0,0	—	—
Rohstoffe	49 915	11,3	30	0,0
Mineralische Brennstoffe	78 304	17,8	5	0,0
Tierische u. pflanzliche Öle u. Fette	310	0,1	—	—
Chemische Erzeugnisse	266	0,0	16 976	3,2
Halb- u. Fertigwaren	38 261	8,7	237 363	45,1
Maschinen u. Verkehrsmittel	14 907	3,4	257 820	48,9
Sonstige Fertigwaren	476	0,1	14,855	2,8
	440 408	100,0	527,050	100,0

Die österreichische *Ausfuhr* in die Sowjetunion besteht, so wie im Vorjahr, zu etwa vier Fünftel aus Fertigwaren. Auf Maschinen und Verkehrsmittel entfällt fast die Hälfte (49%), während sie in der Gesamtausfuhr Österreichs im 1. Halbjahr 1957 nur 14% (Fertigwaren aller Art 43,5%) erreichen. Leder und Garne wurden heuer nicht mehr nach Rußland geliefert, dagegen führte man erstmals Cordgewebe und Walzware aus.

#### Das langfristige Abkommen

Die Sowjetunion wünschte bereits im Jahre 1955 ein langjähriges Lieferabkommen, doch wurden zunächst nur für jedes Vertragsjahr eigene Warenlisten aufgestellt. Der sowjetische Wunsch wurde erst durch das neue, in Wien am 10. Oktober 1957 unterzeichnete „Langfristige Abkommen über den gegenseitigen Warenverkehr zwischen der Sowjetunion und der Republik Österreich für den Zeitraum der Jahre 1958 bis 1960“ erfüllt. Österreich konnte die langfristige Bindung nur unter einer bestimmten Voraussetzung akzeptieren: für jedes der Vertragsjahre wurden zwar grundsätzlich Rahmenkontingente festgelegt, aber die Lieferverpflichtungen werden „vor Beginn des jeweiligen Kalenderjahres zwischen den Vertragspartnern einvernehmlich präzisiert und ergänzt“ (Artikel 1 des Abkommens). Als Kontingente im Handelsverkehr

wurden für 1958 40 Mill. \$ in jeder Richtung festgesetzt, die bis 1960 auf 60 Mill. \$ steigen. Die Kontingente stellen nur eine Richtlinie dar, die in jedem Jahr geprüft wird, um Änderungen in der Wirtschaftslage zu berücksichtigen.

Eine weitere Vereinbarung präzisiert die Kontingente für das Jahr 1958. Sie bestimmt auch die Liefertermine für jene österreichischen Exporte, für die Globalkontingente während der Gesamtlaufzeit 1958 bis 1960 vorgesehen sind. So werden z. B. von den 100 Diesellokomotiven — ihre Leistung wird von 400 auf 600 bis 1.000 PS erhöht — 15 geliefert, von den vier Turbinen zwei, von Prüfanlagen im Werte von 35 Mill. \$ nur eine Teillieferung für 1.375 Mill. \$, aber bereits das ganze Kugellager-Kontingent (25 Mill. Stück) Schiffslieferungen sind für 1958 nicht vorgesehen, obwohl zwei Passagierschiffe im Gesamtkontingent aufgenommen sind. Schiffsreparaturen sind nur mehr „pro memoria“ vermerkt, überdies fehlen größere Bestellungen für die Elektroindustrie. Die Beschäftigung der in Frage kommenden Betriebe wird dadurch empfindlich betroffen.

Die bisherigen (meist kleineren) Kontingente für einige Fertigwaren (Cordgewebe, Brillengläser, Autobusse, Gummiartikel, Pressen für Schilfrohrplatten) wurden gestrichen. Jene für Werkzeugmaschinen und Ersatzteile für Autobusse fehlen ebenfalls, diese Waren können aber auch unter „Diverses“ geliefert werden. Die meisten anderen Kontingente wurden dagegen erhöht. Es wurden auch neue Konsumgüter-Kontingente aufgenommen (Wollgewebe, Leder und Schuhe), ferner Zuchtvieh, Lederschuhe und die ebenfalls neuen Nitrolacke (600 t) stehen bereits auf der Liste der Ablöselieferungen.

Durch das neue Abkommen zeichnet sich aber eine Verschiebung von den Fertigwaren zugunsten der Halbfertigwaren ab, da der kommerzielle Export von Eisen und Stahl besonders stark gesteigert werden soll (obwohl Bleche auch unter die Ablöselieferungen fallen). Die kommerziellen Exporte in die Sowjetunion erreichen bisher nur 1,3% der österreichischen Eisen- und Stahlausfuhr. Die 1960 vorgesehene Walzwarenausfuhr entspricht dagegen etwa 10% der ganzen österreichischen Eisen- und Stahl-

ausfuhr im Jahre 1956. Das Kontingent für Walzware wird erhöht auf 31.000 t (1957), 60.000 t (1958) und 95.000 t (1960) und zusätzlich 3.000 t verzinkte Bleche.

Entsprechend den österreichischen Exportkontingenten verschieben sich auch die sowjetischen Exportkontingente: Rohstoffe für die Schweidindustrie sollen in größeren Mengen als bisher aus der Sowjetunion bezogen werden. Das Kontingent für Brotgetreide wird von 30.000 t (1957 und 1958) auf 20.000 t (1959 und 1960), für Futtergetreide von 130.000 t (1957) auf 70.000 t bzw. 80.000 t (1958 bis 1960) gesenkt. Erdölrohre (für 1956 noch mit 25.000 t vorgesehen) werden auf 3.000 t vermindert und fehlen ab 1959 überhaupt, ferner reduziert die Sowjetunion ihr Maschinenkontingent in realistischer Weise von 5 Mill. Dollar auf ein Viertel. Ob es möglich ist, das Baumwollkontingent, wie vorgesehen, von 5.000 t (1957 und 1958) auf 8.000 t (1960) und das bisherige Asbestkontingent von 5.000 t ähnlich zu erhöhen, ist noch fraglich. Wichtig ist dagegen die neu angebotene Lieferung von 150.000 t Heizöl (1960: 250.000 t) und die Erhöhung des Kontingentes für hochoktaniges Benzin.

Entscheidend für die Entwicklung des Importes (damit aber auch des Exportvolumens) dürfte die Ausschöpfung des Steinkohlenkontingentes sein. Es wird von 50.000 t (1956) und 100.000 t (1957) auf 500.000 t (1958) erhöht und soll (1960) 900.000 t erreichen. Das Kokscontingent (10.000 t) bleibt zwar 1958 noch unverändert, wird aber bis 1960 ebenfalls verdoppelt. So wie heuer wollen die Wiener Gaswerke 1958 wieder 100.000 t Kohle übernehmen, davon 50.000 t Gaskohle fix und 50.000 t Koksfeinkohle, wenn sie ihren Anforderungen entspricht. Weiters werden voraussichtlich 10.000 bis 15.000 t Anthrazit und 50.000 t Brechkoks für den Handel importiert werden. Die Linzer VÖEST konnten sich die Lieferung von 250.000 t bis 300.000 t Koksfeinkohle zur Erzeugung von Hochofenkoks sichern. Voraussetzung ist aber, daß sie den Ansprüchen der kokssparenden Linzer Hochofen entspricht. Eine Probesendung von 600 t Kohle soll daher noch heuer in Linz eingehend untersucht werden. Wenn sich die Kohle für Linz eignet und die Preise günstig sind — fallende Seefrachten verbilligen die amerikanische Importkohle —, könnten im kommenden Jahr 350.000 bis 400.000 t Kohle aus der Sowjetunion bezogen und damit ein österreichischer Einmonats-Importbedarf gedeckt werden. Erstmals wurde auch ein Kontingent für 150.000 t Eisenerz und andere Erzsorten festgelegt (1960: 325.000 t Eisenerz). Nach russischen Angaben besitzt das hauptsächlich in Frage kommende Krivoj Rog-

#### Ausfuhr von Eisen und Stahl in die Sowjetunion

(I. Halbjahr 1957)

	t	1.000 S
Walzdraht	1.925	6.144
Feinbleche	3.235	13.567
Verzinkte Bleche	874	4.109
Rohre aus Schmiedeeisen	76	1.478
Schlangenrohre	373	6.229
Insgesamt	6.483	31.517

Erz 58% Fe-Gehalt, das Kontingent kommt somit etwa 87.000 t Eisengehalt gleich.

#### *Österreich in der sowjetischen Handelsstatistik*

Die Sowjetunion war im besten Vorkriegsjahr (1931) an der österreichischen Einfuhr mit 1,4% und an der Ausfuhr mit 2,9% beteiligt. In den ersten zehn Monaten des Jahres 1957 hat die Sowjetunion mit 1,8% ihren Vorkriegsanteil an der österreichischen Einfuhr bereits überschritten. Der Anteil an der kommerziellen Ausfuhr war zwar mit 2,5% noch etwas geringer, einschließlich der Ablöselieferungen betrug er jedoch 7 bis 8%.

In den Jahren der Weltwirtschaftskrise nahm der Handelsverkehr mit der Sowjetunion rasch ab. 1937 betrug der russische Anteil an der österreichischen Einfuhr nur noch 0,3% und an der Ausfuhr 0,6%. Obwohl sich das Volumen des österreichischen Außenhandels seit 1937 mehr als verdoppelt hat, konnte der Sowjethandel — im Gegensatz zum übrigen Osthandel — mit der allgemeinen Handelsentwicklung nicht nur Schritt halten, sondern sogar seinen Anteil erhöhen.

Vom sowjetischen Außenhandel entfielen im Jahre 1937 auch nur 0,4% auf Österreich. Seither ist

der sowjetische Außenhandel sehr stark gewachsen, und zwar nach den jüngsten sowjetischen Veröffentlichungen im Jahre 1956 auf das 5,4fache des Jahres 1937<sup>1)</sup>. Auf Österreich kam im Jahre 1956 (einschließlich Ablöselieferungen) mit 302 Mill. Rubel (75,5 Mill. \$) ungefähr 1% der gesamten sowjetischen Außenhandelsumsätze (29,1 Mrd. Rubel). Scheidet man den Sowjethandel mit dem Ostblock aus (22 Mrd. Rubel oder 76%), war Österreich mit 4,3% am Welthandel der Sowjetunion beteiligt und nimmt im Handelsverkehr der Sowjetunion mit den westlichen Ländern den fünften Platz ein.

Die sowjetische Statistik enthält nicht nur den kommerziellen Verkehr, sondern auch die Ablöselieferungen. (Dies könnte ein Hinweis sein, daß die Sowjetunion an deren Kommerzialisierung denkt.) Die Werte in der russischen Außenhandelsstatistik über den österreichisch-russischen Handel kommen den österreichischen Berechnungen bemerkenswert nahe. Im Jahre 1956 erreichte der Außenhandelsumsatz Österreich-Sowjetunion auf Grund der österreichischen Statistiken 73,4 Mill. \$ (einschließlich Ablöselieferungen) oder 293,6 Mill. Rubel.

<sup>1)</sup> Vešnjaja Torgovlja 1957/11 (Zeitschrift „Der Außenhandel“ des sowjetischen Außenhandelsministeriums)